

# Der Zimmerer

Organ des Zentralverbandes der Zimmerer u. verw. Berufsgenossen Deutschlands (Sitz Hamburg)

und

Publikationsorgan der Zentral-Kranken- und Sterbekasse der Zimmerer (Ersatzkasse) in Hamburg

Erscheint wöchentlich, Sonnabends.  
Abonnementspreis pro Quartal (ohne Bestellgeld) M. 1,50.  
Zu beziehen durch alle Postanstalten.

Herausgegeben vom  
Zentralverband der Zimmerer und verw. Berufsgenossen Deutschlands  
Hamburg 1, Besenbinderhof 57, 4. Et.

Anzeigen:  
Für die dreispaltige Beilage oder deren Raum 30 M.  
für Versammlungsanzeigen 10 M. pro Zeile.

## frühling

Bergempor und talhinab:  
Treibt die Kasse!  
Laßt uns pflügen!  
Willst du feiernd dir genügen?  
Oder daß die Ernte sprosse  
Aus des Winters Grab?

Talhinab und bergempor:  
Schwingt die Arme  
Breit und wuchtend!  
Streut die Saat tief in die warme,  
Dunkle Erde, sie befruchtend  
Reich wie nie zuvor!

Bergempor und talhinab:  
Mit geheimen  
Stillen Kräften  
Saugt es Leben aus den Säften,  
Muß es quellen, muß es keimen  
Schollenauf und ab.

Talhinab und bergempor:  
Vor dem hellen  
Angesichte  
Will ein grünes Meer nun wellen;  
Kauscht es dir im frühlingslichte  
Zukunftsweisen vor:

Bergempor und talhinab!  
Nach den Mühen  
Kommen freuden!  
Taten wachsen aus den Leiden;  
Aus dem Dunkel spricht das Blühen,  
Leben aus dem Grab.

Talhinab und bergempor:  
Last soll fallen!  
Not soll schwinden!  
Ja, ihr werdet Garben binden  
Allen, die da wirken, allen —  
Reich wie nie zuvor!

Ernst Preczang.

### Das Fest des Erwachens.

Des Erwachens? . . . Schlummern wir denn? Schlafen und träumen wir? Geht es uns wie jenen Tieren, die sich zu Winterbeginn in der Erde oder irgendeinem Schlupfwinkel verkriechen, die Augen schließen und die kalte Zeit verschnarchen?

Unsere Altvordern in den germanischen Wäldern mögen noch ein gutes Teil der Winterzeit im Schlummer und Halbschlummer auf ihren Bärenhäuten verbracht haben, aber diese harmlos-glückliche Zeit liegt nun ein erkleckliches Stück hinter uns, und wenn man überhaupt noch einen gewissen Ueberrest jener dämmerhaften Ruhe finden will, muß man aufs Land gehen, wo die Tätigkeit größtenteils an die kurzen Stunden winterlichen Tageslichts gebunden ist.

Für alle, die in Industrie und Handel wirken — und das ist der übergroße Teil des Volkes — gibt es keinen „Winter Schlaf“. Und wenn Bauarbeiter und andere Berufe, die mehr oder weniger von Wetter und Tageslicht abhängig sind, ihre Tätigkeit im Winter einschränken oder ganz aufgeben müssen, dann bedeutet diese Veränderung alles andere als einen Uebergang zu beschaulicher Ruhe; er bedeutet leider fast immer das Gegenteil: den Beginn einer aufreibenden, nervösen Hitze, die Jagd nach Brot, Unterkunft, Kleidung und Wärme.

Wer will die Tragödien zählen, die diese Jagd in jedem Winter und ganz besonders im letzten Winter der Krise gezeitigt hat? Ach, man brauchte nur in die Tageszeitungen zu gucken und fand dann oft eine kleine, unscheinbare Notiz im lokalen Teile von drei, vier, fünf Zeilen, bei der sich der Durchschnittsleser nicht lange aufhält, hinter der der Aufmerksame aber oft und oft ein Drama von erschütternder Tragik aufsteigen sah.

Und so grinst uns immer wieder die blöde Erbarmlichkeit einer Gesellschaftsorganisation an, die Leben

und Kraft in Hunger, Frost und Verzweiflung zugrunde gehen läßt, trotzdem alle Speicher gefüllt und Tausende von Lagern mit warmen Kleidungsstücken vollgepfropft sind. Und wenn sie es nicht wären — da sind unzählige Hände, die schaffen wollen, gern arbeiten möchten, wenn man ihnen nur Gelegenheit gäbe; aber unsere sogenannte menschliche Gesellschaft, die besser die unmenschliche heißen sollte, drückt ihnen lieber ein Küchenmesser zum Deffnen der Pulsadern, einen Revolver oder den Strick in die Hand.

Warum kann es kein Werkzeug sein?!

Warum können sie, die Asyle, Warmhallen, Landstraßen und nächtlicherweile alle möglichen Schlupfwinkel füllen, warum dürfen sie nicht schaffen und bauen, sich fatten, sich wärmen und in einer anständigen Wohnung schlafen?

Weil die Organisation der kapitalistischen Gesellschaft eben zu dumm und zweckwidrig ist, als daß sie die feiernden Hände richtig einordnen könnte.

Sie ist dumm und zweckwidrig sowohl vom organisationstechnischen Standpunkte aus wie im Lichte einer humanen Weltanschauung und einer vernünftigen Volkswirtschaft.

Was heißt denn Organisation?

Die zweckmäßige Zusammenfassung gewisser Kräfte, nicht wahr? Was für einen Zweck eine Organisation auch habe, möge sie auf politische, wirtschaftliche, geschäftliche oder andere Ziele hinstreben: sie ist dumm und zweckwidrig, wenn sie die in ihr gebundenen Kräfte dem Zwecke nicht dienstbar zu machen weiß. Staat und Gesellschaft aber sind die Organisation mit den höchsten und allgemeinsten Zielen; denn sie umfassen die Gesamtheit und sie können vernünftigerweise keinen andern Zweck haben, als das Wohl dieser Gesamtheit zu fördern. Sie überlassen nun aber einen großen Teil ihrer Angehörigen nicht nur sich selber, sondern sie

treiben eine ganze Anzahl von Kräften zur Selbstvernichtung.

Ist das dumm oder nicht?

Ganz gewiß: ja. Nur eben nicht vom engen kapitalistischen Standpunkte aus. Denn das Kapital, das unsere Gesellschaft beherrscht, hat ein Interesse an der industriellen Reservearmee, hat sogar ein besonderes Interesse an moralisch gebrochenen Kräften, die, niedergeschmettert von ihren üblen Existenzverhältnissen, um jeden Preis unterkriechen — auch da, und erst recht da, wo die fester gebauten Kameraden und Kollegen im Kampfe mit jenem Kapital stehen.

Es sind nicht die schlechtesten unserer Brüder, die zu Küchenmesser, Strick oder Revolver greifen. Man darf sie gar nicht in einem Atem nennen mit jenem gelben Streikbrechergesindel, dem jedes Gefühl für Arbeiterehre abhanden gekommen ist und das eben deshalb planmäßig herangezogen wird, um der aufstrebenden Kraft der ehrlichen und moralisch ungeborenen Volkselemente Knüppel zwischen die Beine zu werfen.

Unsere ach so moralische Gesellschaft haßt nichts so sehr wie das Streben der Arbeiter nach einer vernünftigen, menschenwürdigen Existenz, und jeder Zuchthäusler ist ihr als Bundesgenosse willkommen, wenn es gilt, die freien Stirnen aufgeklärter Arbeiter in den Staub zu drücken. Ihr Verständnis für die solide Ehre der Schaffenden ist genau so groß wie ihr Sinn für eine nach vernünftigen Grundsätzen geregelte Produktion und Konsumtion. Und wenn der Winter noch zehnmal mehr Opfer verschlingt; es kümmert sie nicht; denn sie ist gefühl- und gedankenlos.

Da ist man denn doch versucht, die Frage aufzuwerfen, ob es nicht für viele bedeutend besser wäre, wenn sie sich zu Winterbeginn in irgendeinem Winkel wie Igel zusammenrollen, die Augen schließen und bis zum Erwachen des Frühlings friedlich schlummern

könnten. Weniger ermattet als heute würden sie wohl den Kampf ums Dasein aufnehmen.

Aber diese schützende und stärkende Einrichtung ist dem Menschen versagt geblieben; seine Bedürfnisse sind im Winter eher noch stärker als in der warmen Jahreszeit — und so gibt es für ihn nur ein Mittel, den niederdrückenden und vernichtenden Einflüssen des Lebens erfolgreich Widerstand entgegenzusetzen: ganz wach zu sein!

Wach zu sein mit allen Sinnen und Kräften!

Das aber bedeutet: Menschen, Dinge, Ideen und Geschehnisse im Lichte unserer Zeit zu sehen und danach zu handeln.

Wir tragen alle mehr oder weniger an dem Ballast von Ueberlieferungen, die noch aus dem Blute vergangener Generationen stammen. Anschauungen, die einmal richtig gewesen sein mögen, vererben sich in Zeiten hinein, die anderes Denken erfordern.

Und wohl nie hat ein Zeitalter die Menschen so zum Umlernen genötigt, wie gerade das kapitalistische. Es bricht tief in das Familienleben hinein und bringt ein eiliges, nervöses, unsicheres Tempo in den Ablauf des Daseins. Heute spannt es alle Kräfte bis zum äußersten an, morgen entläßt es sie ganz, völlig unbekümmert um ihr weiteres Schicksal.

Das Kapital erfüllt seine Mission der wirtschaftlichen Umwälzung; aber es macht sich bei seinen Mehrwertschaffern mit großer Vorliebe die Eigenschaften und Anschauungen dienstbar, die noch aus einer andern Zeit stammen. Bemüht es sich doch immer wieder, die alten Knechtschaftsideale der Demut und Zufriedenheit, die ganze Unfreiheit und klawische Gebundenheit des Arbeiters von ehemals auch in unserer modernen Zeit zu konservieren. Und wenn es den Fortschritt des geistigen Erwachens auch nicht hindern kann — weil er eine notwendige Folge der ökonomischen Veränderungen ist —, so sucht es ihn doch mit allen Mitteln zu hemmen; es versucht, die Zaghaften wieder einzuschläfern, stellt den Kampforganisationen feindliche Marodeurvereine gegenüber und sucht in dramatischer Weise mit Gesetzesparagrafen Furcht und Entsetzen zu erregen.

Das Kapital will den geistigen Winterschlaf des Arbeiters, aber dieser Schlaf soll zwölf Monate im Jahre dauern!

Und — leider, leider! — hat es noch immer Erfolg bei einem Teile der Schaffenden.

Diese nicht erwachten schlafen mit einer Ausdauer, die den Aufgeweckten zur Verzweiflung bringen kann. Sie stehen mitten im Leben und Daseinskampf wie wir, aber der Strom unserer Zeit rauscht an ihnen vorbei. Sie hören die Signale eines nie ruhenden Kampfes, aber ihre Seelen scheinen taub zu sein. Sie vegetieren in Nebel und geistigem Winterdunkel dahin und erkennen das Licht nicht, das ein neuer Menschheitsfrühling in strömender Helle ins Land sendet.

Und sie bemerken nicht, daß man ihnen von obenher das Licht verbaut, weil man gefügige Werkzeuge braucht. Werkzeuge, den mächtigen Drang der zu Licht, Leben und Kampf erwachten Arbeiter niederzuhalten.

Aber weder die bewußten noch die unbewußten Werkzeuge der Reaktion können den Aufstieg und die Ausbreitung unserer Bewegung verhindern. Und wenn in einem so gewaltigen Kampf, wie es der unsere ist, gelegentliche kleine Niederlagen unvermeidlich sind — wir haben immer wieder das Ostern der Auferstehung gefeiert!

Unsere Bewegung ist unbeflegbar, weil in ihr dieser Ostergeist einer ewigen Verjüngung tätig ist und weil sie ein helles, wärmendes Leuchten ausstrahlt in das mehr und mehr erwachende Leben aller, die im Frondienste des Kapitals stehen und unter der blöden Torheit der Gesellschaftsorganisation leiden.

Und wo sie noch im geistigen Winterschlaf liegen, da soll unser Weckruf ertönen; da soll unsere mahnende und lehrende Stimme sie aufstören aus blinder Versunkenheit, soll sie erwecken zu Licht, Leben und Kampf.

Jeder von uns muß ein Rufer sein; jeder ein Erwecker! Jeder, der wach ist in Hirn und Herzen, schüttle die Schläfer!

Und kommen wird das Fest, das wir in den Mähen, Sorgen und Kleinlichen Kämpfen des Alltags vorbereiten:

### Das Fest des Erwachens!

## Staatsmacht und Kapitalmacht.

Th. Berlin, 29. März.

Von der großen Deffentlichkeit fast unbeachtet, hat sich während der letzten Jahre in Bayern ein Vorgang zumeist hinter Kulissen abgepielt, der aufs neue zeigt, wie unheimlich groß der Einfluß des Privatkapitals ist und wie sich seiner Macht auch die Staatsregierung beugt.

Bayern ist in allen seinen Teilen ein an Naturschönheiten reiches Land. Wie im Norden das waldbreiche Fichtelgebirge mit seinen lauschigen Tälern und seinen herrlichen Szenerien, so bildet auch der Süden mit seinen trohigen Felsenschroffen, seinen anmutigen Seen und seinen gewaltigen Alpenketten alljährlich das Reiseziel ungezählter Zehntausender, die sich in der reinen Gebirgsluft wieder gesund atmen oder gesund wandern wollen. Und wer das liebliche Maintal mit seinen Nebenbergen, die fruchtbaren Gefilde Mittelbayerns, die Schönheiten des Bayerwaldes am Regenflusse kennt, der weiß, daß auch die andern Teile des Landes von der Natur bevorzugt sind.

Aber eins fehlt dem Lande oder ist ihm nur in recht beschränktem Maße zu eigen: die Kohle. Nur bei Penzberg in der Nähe des Kochelsees findet sich ein größeres Lager dieses wichtigen Brennstoffes, doch reicht seine Ausbeute bei weitem nicht zur Deckung des Bedarfs. Bayern ist beim Kohlenbezug auf Rheinland-Westfalen, das Saargebiet und andere deutsche Kohlenquellen angewiesen. Und unaufhörlich rollen lange Bahnzüge auf den Schienensträngen, die das unentbehrliche Material ins Land bringen. Die weiten Frachttrecken verteuern natürlich die Kohle für die bayerischen Abnehmer, und die Berechnung mag schon richtig sein, welche besagt, die bayerische Industrie müsse jährlich ihren Kohlenbedarf um 29 Millionen Mark teurer bezahlen als ihre günstiger gelegene Konkurrenz.

Der Kohlenmangel ist denn auch der Hauptgrund, warum die industrielle Entwicklung des Landes erheblich hinter dem allgemeinen Durchschnitt zurückbleibt. Dagegen besitzt Bayern in überreichem Maße eine Naturkraft, deren industrielle Nutzbarmachung neuerdings gelungen ist: seine Wasserläufe mit starkem Falle und seine Seenbeden. Seit es verstanden wird, die Wasserkraft in Elektrizität umzusetzen, braucht der Mangel an eigener Kohle kein Hindernis mehr zu bilden für die industrielle Entfaltung. Für Bayern war es deshalb geradezu zur Lebensfrage geworden, die bisher unbenutzt gebliebene Wasserkraft seiner industriellen Produktion dienstbar zu machen. Das erkannte vor mehreren Jahren das damals am Ruder befindliche Ministerium Bodewils-Frauentorfer an. Es ließ sich vom Landtage einen Kredit auf mehrere Millionen genehmigen, um am Malchensee große Elektrizitätsanlagen zu errichten, die das Land auf weite Entfernungen mit Licht und Kraft versorgen könnten.

Hierin erblickte das Privatkapital einen schweren Eingriff in sein Ausbeutungsrecht. Ramentlich Minister Frauentorfer war von dieser Zeit an in der kapitalistischen Presse als Staatssozialist hingestellt worden. Selbstverständlich wurde auch haarlein „nachgewiesen“, daß der Staat bei Ausführung des Planes nur Geld zusehen würde. Jahr für Jahr verging, ohne daß die Sache vom Flecke rückte. Geheime Einflüsse waren mit Erfolg tätig, alle Ansätze zu hintertreiben oder bald wieder lahmzulegen, bis vor zwei Jahren das Ministerium Bodewils dem päpstlichen Kämmerer und Reichsrat Professor Dr. Hertling weichen mußte, der im Interesse seiner Königsmacherei sich schwer hütete, in Widerspruch zu den feudalen Widersachern des Frauentorferschen Projektes zu geraten, die gleich ihm im bayerischen Reichsrat saßen und ihm gefährliche Knüttel zwischen die Beine hätten werfen können. So blieb das Malchenseewerk unausgeführt im Aktenschrantle liegen.

Die Herren gingen sogar noch weiter. Die Elektrifizierung der bayerischen Bahnen war unter Bodewils durch den Verkehrsminister in Angriff genommen worden. Außer verschiedenen andern Vorteilen brachte sie dem Lande eine nicht unerhebliche Verbilligung des Bahnbetriebs. Der Hertlingsche Verkehrsminister Herr v. Seidlein hielt mit der weiteren Elektrifizierung der Bahnen inne, um das Interesse des Staates an der Ausführung des Malchenseeprojektes zu vermindern. Inzwischen war das Privatkapital fleißig am Werke gewesen, elektrische Ueberlandzentralen zu errichten, die Kundtschaft an sich zu ziehen und sich dadurch das recht profitable Ausbeutungsrecht zu sichern. Man weiß, bei der Elektrizitätslieferung im großen fallen recht nette Reingewinne ab.

Sechs Jahre sind jetzt verstrichen, seit der Landtag die Millionenkredite für das Malchenseewerk bewilligt hat. Nur die Sozialdemokratie drängte in dieser Zeit wieder und wieder auf Ausführung des Entwurfs. Ihre Mahnungen waren vergeblich. Da hat endlich der neue Minister des Innern v. Soden den Gedanken wieder aufgenommen, angespornt durch innere Notwendigkeiten. Sein erster Schritt war, die Kredite, die seinerzeit dem Verkehrsministerium gewährt worden waren, auf das Ministerium des Innern übertragen zu lassen, damit in seine Hand die Entscheidung über Inangriffnahme des Projektes gelegt wurde. Doch das Privatkapital roch den Braten und ließ alle Minen springen, um Sodens Vorhaben zu hintertreiben. Die Zentrumspresse stellte sich den Quertreibern zur Verfügung, und während sie anscheinend nur die angeblichen Rechte des Verkehrsministers Seidlein in Schutz nahm, dessen reaktionärer Politik sie sicher waren, galt ihr Ziel der Verhinderung der staatlichen Beteiligung an der Elektrizitätsgewinnung.

Als sie merkten, daß sie damit nicht durchkommen würden, stellte das Zentrumsmitglied Bezirksamtmannt Einhauser im Finanzausschuß des Landtags den Antrag, die Regierung solle zunächst versuchen, daß Malchenseewerk gemeinsam mit Gemeinden und dem Privatkapital auszuführen. Die Sozialdemokraten widersetzten sich dem sauberen Plänen mit aller Entschiedenheit; denn dann hätten Staat und Gemeinden in der Hauptsache Lasten und Risiko tragen müssen, während das Privatkapital unter besonders günstigen Bedingungen seine Profite hätte einstreichen können. Auch Minister v. Soden durchschaute die Zentrumsstaktik. Sein Kollege Seidlein mußte wohl oder übel sein Einverständnis zu der Erklärung Sodens geben, die Regierung halte an der Notwendigkeit einer weiteren Elektrifizierung der Bahnen fest, für die sich auch übereinstimmend die wissenschaftlichen, technischen und finanziellen Autoritäten ausgesprochen hätten, wie auch Baden das Murgtalwerk mit 21 Millionen aus Staatsmitteln zu gleichem Zweck ausbaue. Gegen ein gemischt-wirtschaftliches Unternehmen (durch Zulassung des Privatkapitals) sprächen nicht nur Zweckmäßigkeitsgründe, sondern auch prinzipielle Auffassungen. Die Regierung fordere die halbige Inangriffnahme des Werkes; die Hoffnungen der Elektrizitätsabnehmer in Bayern dürften nicht noch länger hingehalten werden, weil sonst das Vertrauen erschüttert würde. Aus allen diesen Gründen könne die Staatsregierung den Antrag des Dr. Einhauser nicht annehmen.

Aus der Erklärung sprach eine erfreuliche Entschiedenheit. Auch das Zentrum strich die Segel, der Antrag Einhauser wurde gegen drei Zentrumsstimmen abgelehnt und die Uebertragung der bewilligten Kredite auf den Etat des Innern gegen zwei Stimmen angenommen. Darf nunmehr erwartet werden, daß in Bayern der Staat die Versorgung des Landes mit elektrischer Kraft in eigene Regie nimmt, soweit nicht bereits das Privatkapital in den sechs Jahren sich das Ausbeutungsrecht vertraglich gesichert hat, so ergibt doch das Vorkommnis, wie mächtig die stillen Einflüsse sind, über welche das Privatkapital einer Regierung gegenüber verfügt. Macht sich das schon geltend in Fragen, die den wirtschaftlichen Lebensnerv des Volkes angehen, so dürfen die Arbeiter sich erst recht nicht wundern, wenn ihre Interessen an das Kapital verraten und verkauft sind.

Berschmettert die Kapitalmacht! Ehe diese Osterlösung nicht erfüllt ist, gibt es keinen Völkerfrühling.

## Löhne und Preise.

Der von uns zuerst besprochene Artikel von Professor Morgenroth, der unter obiger Stichmarke im „Einigungsamt“ erschienen ist, zieht weitere Kreise. Uns wird der nachstehende Gegenartikel zum Abdruck übermiltelt.

Sozialdemokratische Politik besteht darin, alle Tatsachen über die Lage des Volkes der Wahrheit gemäß auszusprechen und für die allgemeine Kenntnis der wahren Sachlage mit aller Kraft zu arbeiten. Würde der Gegensatz zwischen der Lebenshaltung des Volkes und der der bestehenden Klasse überall bewußt sein, würden die Ursachen des Druckes, der heute durch die Teuerung scharfer als je auf den Arbeitern lastet, in allen Köpfen klar erkannt sein, dann wäre die heutige Gesellschaftsordnung hin. Deshalb müssen die Organe der herrschenden Klassen, wenn anders sie ihre Position nicht sofort aufgeben wollen, alles beschönigen und bemänteln.

Diesem edlen Geschäfte geht die „Kölnische Zeitung“ in der Sonntagsnummer 358 vom 29. März 1914 mit großem Eifer nach. Es handelt sich um die Frage, wie weit die Teuerung vorgeschritten ist und ob die Löhne schneller oder langsamer als die Lebensmittelpreise gestiegen sind; es fragt sich, ob die Arbeiterschaft zur Zeit der Caprivischen Handelspolitik (1892 ff.) mit ermäßigten Brotzöllen und äußerst niedrigen Weltmarktpreisen für alle Lebensmittel schlechter oder besser gelebt hat als heute unter erhöhten Getreidezöllen und rapid gestiegenen Weltmarktpreisen. Zur Beurteilung dieser Frage zieht die „Kölnische Zeitung“ einen Artikel heran, der in der Zeitschrift „Das Einigungsamt“ am 15. Januar und 15. Februar 1914 erschienen ist. Der Verfasser ist Professor Dr. Willi Morgenroth, der von 1902 bis 1910 in Köln tätig gewesen und seit 1911 Direktor des Städtischen Statistischen Amtes in München ist. Professor Morgenroth berechnet aus den Tariflöhnen und Lebensmittelpreisen, wie in München Löhne und Preise gestiegen sind. Auf Grund der Morgenrothschen Arbeit faßt die „Kölnische Zeitung“ ihre Betrachtung wie folgt zusammen:

„Wie schon die wenigen angeführten Stichproben zeigen, sind die von der Arbeiterschaft in den Tarifverträgen durchgesetzten Lohnerhöhungen in den einzelnen Gewerbezweigen sehr verschieden stark gewesen. Wenn man die Tabelle aber in einzelnen genauer überprüft, kann man doch aus ihr schließen, daß das Maß der Lohnerhöhung in den meisten Gewerben die von 1905 bis 1912 eingetretene Verteuerung der Lebenshaltung der Arbeiterschaft übertrifft oder wenigstens erreicht hat. Nur für wenige Gewerbe dürfte die Schlussfolgerung berechtigt sein, daß sie seit dem Jahre 1905 eingetretene Lohnerhöhungen hinter der Lebensmittelveerteuerung zurückgeblieben seien und daher der Arbeiterschaft keinerlei Vorteile gebracht oder gar die für sie entstandenen Nachteile nicht einmal ausgeglichen hätten. An dem Vorhandensein solcher Gewerbe ist allerdings nicht zu zweifeln.“

Wir stellen demgegenüber fest:  
1. Die Arbeit von Professor Morgenroth enthält Fehler, die das Maß der Verteuerung zu gering erscheinen lassen.

2. Die „Kölnische Zeitung“ hat mit den Tariflöhnen, die Professor Morgenroth angibt, in unehrlicher Weise manipuliert, so daß die Lohnerhöhungen zu hoch erscheinen.

Zu der Arbeit von Professor Morgenroth: Der größte Vorwurf, den wir ihm machen, ist der, daß er nicht zeigt, wie er zu seinen Schlussziffern gekommen ist. Er erschwert dadurch in unwissenschaftlicher Weise die Kontrolle seiner Arbeit. Er gibt als Maß der Verteuerung der Lebensmittel, wie sie der Arbeiterhaushalt verbraucht, als Maximalziffer für die Zeit 1895 bis 1912 26,1 pZt. an. Solch eine Ziffer, isoliert von andern Zahlen, ist wertlos. Schon der alte Statistiker Hilbrand hat gesagt: „Keine Mitteilung relativer Zahlen ohne die absoluten, aus welchen sie abgeleitet sind.“ Warum verstoßen Sie, Herr Professor Morgenroth, gegen diesen Elementargrundsatz aller Statistiker, den der Schreiber dieser Zeilen bei Professor v. Mayr in München schon im ersten Semester gelernt hat? Zum Glück läßt sich einwandfrei mit den Ziffern, die das von Professor Morgenroth verwaltete statistische Amt veröffentlicht hat, nachweisen, daß die Verteuerung in München sehr viel größer gewesen ist.

Thyza betrachtet nämlich die Münchner Preise für den jährlichen Aufwand von Lebensmitteln, deren Menge nach dem Kaiserlichen Statistischen Amt wie folgt ermittelt ist: Ein Arbeiterhaushalt verbraucht pro Jahr 202 Pfund Fleisch (50 pZt. Rind-, 40 pZt. Schweine- und 10 pZt. Schafffleisch), 70,40 Pfund Butter, 57 Pfund Fett, 392 Eier, 875,80 Pfund Kartoffeln, 504,30 Liter Milch.

Diese Menge kostete nach der Preisstatistik des Münchner Amtes:

Table with 2 columns: Year (1896 bis 1900, 1906, 1908, 1910, 1911) and Price (M. 675,63, 689,09, 694, 769,02, 808,99) and Percentage (100,00 pZt., 100,66, 102,72, 113,82, 134,54).

Für 1912, das noch mehr Verteuerung gebracht hat, fehlt die Ziffer. Das Minimum der Verteuerung beträgt also 34,54 pZt. und nicht wie bei Professor Morgenroth 26,10 pZt.

Nun zu den Beschönigungen der „Kölnischen Zeitung“, an denen Morgenroth unschuldig ist. In seiner Arbeit teilt er die Lohnziffern aus 116 Tarifen für die Zeit von 1904 bis 1915 mit. Daraus zitiert die „K. Z.“ als maßgebend zwölf Ziffern, nämlich folgende:

Table with 3 columns: Industry (Bäckerei, Brauerei, etc.), Year (1904 bis 1912), and Increase (Steigerung der Tariflöhne von 100 auf 146, 130, 125, etc.).

Dazu kommt die „K. Z.“, indem sie jeweils die höchste Zahl mitteilt, die sie erwischen kann. Alle ungünstigen Zahlen werden unterschlagen, und sind ihr die Höchstziffern noch zu ungünstig, so nimmt sie die Zahlen von 1913, trotzdem sie nur Preisberechnungen bis 1912 hat. (1) Nur einige Proben: Wir finden in der Arbeit von Morgenroth Brauerei 102 bis 122, bei der „K. Z.“ 130; Zalusiefabriken 112 bis 119, „K. Z.“ 125; Appaltgewerbe 124 bis 138, „K. Z.“ 146; Baugewerbe 121 bis 141, „K. Z.“ 146; Dachdecker 116 bis 125, „K. Z.“ 129; Schlosser 117 bis 129, „K. Z.“ 134 und so weiter fort.

Und welche Arbeiterschichten haben denn die „gewaltige Lohnerhöhung“ von 30, 34 und 46 pZt. erhalten? Das sind ganz elend bezahlte Arbeiter, nämlich Flaschenfüller, Arbeiter mit einem Stundenlohn von 32 ¢ im Jahre 1904, Bauhilfsarbeiter mit 39 ¢ und Schlosser drei Jahre nach der Lehre mit 85 ¢ pro Stunde.

Die Prozentzunahme sieht also deswegen so großartig aus, weil als Grundlage zum Vergleich elende Löhne von Hilfsarbeitern und Jugendlichen genommen wurden, die wohl oder übel stärker aufgebessert werden mußten, wenn sie nicht überhaupt verhungern sollten.

Nun zeigt die Preisbewegung in München eine besondere Eigentümlichkeit. In der Zeit 1900 bis 1905 macht sich die Teuerung in Bayern im Gegensatz zu Norddeutschland noch nicht bemerkbar. Das Niveau 1901 bis 1905 beträgt 100 pZt., wenn 1896 bis 1900 gleich 100 pZt. gesetzt wird. (Siehe Thyza: „Löhne und Lebenskosten usw.“, Seite 267 bis 271.) Die ganze Verteuerung konzentriert sich daher auf die Zeit von 1906 bis 1912. Wenn wir daher die Tariflöhne von 1904 bis 1912 betrachten, können wir für diese Zeit an der von Thyza berechneten Verteuerung von 34 pZt. festhalten. Dann ergibt sich folgendes Bild von Löhnen und Lebensmittelpreisen für München.

Bei 116 Tarifen sind nur 11 schneller als die Teuerung gestiegen. Darunter befinden sich die erwähnten Jammerslöhne der Jugendlichen und Hilfsarbeiter. 100 Tariflöhne haben noch nicht 128 pZt. erreicht, das heißt der Reallohn ist um ein beträchtliches gegen die Zeit von 1904 gesunken. Deshalb läßt sich in dem von der Kölner Beschönigungskommission herangezogenen Beispiele nicht ausnahmsweise eine Verschlechterung der Lebenshaltung nachweisen, sondern leider, leider als Regel.



# Internationale Nachrichten.

## Vom Ungarländischen Zimmererverband.

Schon in der Nummer 14 des „Zimmerer“ deuteten wir an, daß das Jahr 1913 der Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen der Zimmerer in Ungarn nicht günstig gewesen sei. „Eine ruhigere Periode als das Jahr 1913 es war — so läßt sich das Fachorgan unseres ungarischen Bruderverbandes in seiner neuesten Nummer vernehmen — hatten wir in der Geschichte unserer Lohnkämpfe wohl noch nicht zu verzeichnen. Aber diese Ruhe hat nicht die Bedeutung, als wären die Zimmerer mit ihrer Lage zufrieden gewesen, sondern die durch die allgemeine wirtschaftliche Krise verursachte große Arbeitslosigkeit zwang uns — wenn auch um den Preis großer Selbstbeziehung — zur Ruhe. Die Arbeitgeber traten in vielen Fällen provokatorisch auf, unsere Kollegen jedoch trachteten — in Anbetracht der unsicheren Situation — den Kampf zu vermeiden; aber in mehreren Fällen mußten sie den Kampf trotzdem aufnehmen. In sieben Fällen gerieten Arbeiter und Arbeitgeber einander gegenüber, und nur in zwei Fällen endete die Bewegung friedlich; in Nagyszalonta und Tolna. In beiden Städten wurde ein Vertrag abgeschlossen; in Tolna erzielten die Kollegen 2 Heller Lohnerhöhung pro Stunde, während in Nagyszalonta der Vertrag zu den alten Bedingungen erneuert wurde. In Anbetracht der im ganzen Lande herrschenden ungünstigen Verhältnisse ist auch das als Erfolg zu betrachten. In fünf Fällen standen unsere Kollegen im offenen Kampfe. Von diesen Bewegungen endeten zwei mit teilweisem, eine mit vollem und zwei ohne Erfolg. An diesen Bewegungen waren insgesamt 214 Kollegen beteiligt.“ Der Erfolg der Lohnbewegungen war eine Lohnerhöhung für insgesamt 113 Zimmerer, und zwar erhielten 65 Zimmerer 2 Heller, 26 Zimmerer 4 Heller und 22 Zimmerer 6 Heller pro Stunde. An den beiden erfolglosen Kämpfen waren 41 Zimmerer beteiligt, sie mußten zu den alten Bedingungen weiter arbeiten. Eine Arbeitszeitverkürzung wurde 1913 nicht erzielt.

Das sind gewiß recht bescheidene Erfolge; allein man muß sie messen an den besonderen Verhältnissen Ungarns, die in gar keinem Vergleich zu denen irgend eines andern Landes gestellt werden können. Nur wenige Länder gibt es, wo der Arbeiterbewegung auch nur annähernd die gleichen Schwierigkeiten bereitet werden wie in Ungarn. Rücksichtsloser können wohl nirgends Regierungen und Ausbeuter gegen jede Regung der Arbeiter auftreten, als das in Ungarn geschieht. Wenn dann noch, wie im letzten Jahre, auch die Wirtschaftskonjunktur total daniederliegt, kann eine ersprießliche gewerkschaftliche Tätigkeit selbst beim besten Willen nicht entfaltet werden.

# Verbandsnachrichten.

## Bekanntmachungen des Zentralvorstandes.

### Tarifvertragsdurchsicht und -genehmigung am 31. März und 1. April.

In den obengenannten Tagen lagen 39 Verträge zur Genehmigung vor. Davon wurden 35 anerkannt und 4 beanstandet. Von den genehmigten Verträgen entfallen auf:

Table with 2 columns: Category (Bauarbeiter, Zimmerer, etc.) and Count (6, 21, 1, 5, 1, 1).

Der Zentralverband der Zimmerer ist an folgenden genehmigten Verträgen beteiligt: Bernburg, Braunschweig, Chemnitz, Förste, Gnesen, Hadersleben, Halberstadt, Händel-Mündeln, Holzhausen, Leipzig, Luckenwalde, Magdeburg, Meerane, Merseburg, Oschersleben, Salzwedel, Seehausen-Wanzleben, Schneidemühl, Schöffen, Schwedt, Strassburg i. Westpr., Uckermark, Bernigerode, Wittenberg, Wreschen und Zeitz.

Unter Vorbehalt wurden genehmigt die Verträge für Elm und Hameln. Ersterer Vertrag deshalb, weil die protokolllarischen Erklärungen nur in einigen Vertrags-exemplaren vorhanden sind und deshalb in den übrigen Exemplaren noch nachgetragen werden müssen. Im Vertrage von Hameln muß die Zahl der Beisitzer der Schlichtungskommission noch eingetragen werden.

Beanstandet, also nicht genehmigt, sind die Verträge für Regensburg, weil der letzte Absatz im § 2: „Trifft der Arbeitgeber in besonderen Fällen in der Zeit vom 16. Oktober bis 20. März Vorkehrungen, die eine längere Arbeitszeit ermöglichen, so ist auf sein Verlangen die neunemalshalb-stündige Arbeitszeit innezuhalten.“ Dieser Zusatz ist nach Meinung der Vertreter der Arbeiterorganisationen unzulässig. — Ferner ist im § 5 nicht gesagt, für welche Arbeiterkategorien die Affordarbeit zulässig ist.

Der Vertrag für Nordhausen ist deshalb beanstandet, weil der Absatz im § 4: „Hilfsarbeiter aus andern Berufen, Einschaler und Betonarbeiter, soweit es nicht Gesellen sind,

rechnen unter die Bauhilfsarbeiter“, von den Vertretern der Arbeiterorganisationen nicht anerkannt werden kann. Ferner ist im § 5 nicht gesagt, für welche Arbeiterkategorien die Affordarbeit zulässig ist.

Für Tangermünde wurde deshalb der Vertrag von den Vertretern der Arbeiterorganisationen nicht anerkannt, weil im § 5 nicht angegeben ist, für welche Arbeiterkategorien die Affordarbeit zulässig ist.

Der Vertrag für Hohenstein-Ernstthal wurde von den Arbeitgebervertretern deshalb nicht unterzeichnet, weil ebenfalls im § 5 nicht angegeben ist, für welche Kategorien die Affordarbeit zulässig ist. Der Vertreter des Arbeitgeberbundes lehnte die Genehmigung ab, weil im § 4 die Löhne der Betonarbeiter nicht mit aufgeführt sind.

Diese vier Verträge gehen nicht an die Ortsverbände zurück, sondern werden dem Haupttarifamt zur Erledigung überwiesen. Dasselbe trifft für die am 13. und 14. März beanstandeten Verträge zu. Es sind dies die Verträge für Bayreuth, Dortmund, Duisburg, Essen, Gelsenkirchen, Gotha, Hagen i. Westf., Jmenau, Meiningen, Münster in Westfalen, Pyritz, Sarstedt und Suhl.

Bisher wurden 163 Verträge vom Vorstand des Zimmererverbandes unterzeichnet. Hinzukommen jetzt 28 Verträge, so daß jetzt 191 Verträge für den Zentralverband der Zimmerer als abgeschlossen gelten.

### Der Zentralvorstand.

## Kassengeschäftliches.

### Quittung.

In der Zeit vom 1. bis 31. März gingen folgende Beträge beim Unterzeichneten für die Zentralkasse ein: Aus Belgern M. 144, Berlin 29,90, Bochum 155,05, Bremen 15,50, Bad Orb 49,55, Chemnitz 2,50, Köln 1200, Coswig 19,15, Cuxhaven 250,70, Dahlen 120, Dorfen 8,80, Dresden 700, Düsseldorf 3, Frankenberg i. S. 178,25, Frankfurt a. M. 1,20, Freiberg i. S. 37,50, Glauchau 70,70, Gommern 25,05, Greifswald 1,20, Großröhrsdorf 200, Hamburg 1000, Hirschberg a. d. S. 61,70, Hirschberg i. Schl. 6, Rattowitz 300, Laffan 86,75, Lübeck 1,50, Luckenwalde 250, Lüneburg 8,60, Syd 1,30, Mainz 300, Meura 7, Mülheim a. d. R. 200, Nordenham 136,75, Nordgermersleben 28,80, Mühlberg 11, Piffallen 46,70, Pöritz 100, Spandau 123, Schwaan 120, Schwarzenberg 7,60, Treptow a. d. Rega 108,75, Treptow a. d. Tollense 27,95, Trittau 50, Waldenburg i. Schl. 110, Wangelstedt 10, Wanne 150, Weßlar 1, Wolgast 5,25, Zwenkau 149,70, Einzelzahler 498,90, für Infanterie von Privaten 29,40; Diverses: Beiträge für Hamburg von Hottenrot 3,60, erster Band Geschichte (laut Nota) 3, zwei Bände Geschichte von A. Kemmer 6, Porto zurück — 12, für die Zahlstelle Hamburg von Stein 3,50, Postabonnements 178,80.

An Quittungen über Arbeitslosenunterstützung gingen ein: Aus Achem M. 27, Ahrensböck 118, Ahrensburg 116, Alten 21, Alstedt 77,50, Altdamm 54,25, Altenfittenbach 400,25, Altrahstedt 161,25, Angermünde 57,50, Anklam 131,50, Annaberg-Buchholz 757,25, Annaburg 51,50, Ansbach 94, Apenrade 46,50, Apolda 112,50, Arnstadt 116, Arnswalde 118,50, Arzberg 63, Aschaffenburg 8,50, Aschersleben 61, Achbach 66, Aue 203,25, Augsburg 573,50, Auma 19,50, Bad Orb 61,50, Bad Deynhausen 27, Bad Reichenhall 307,75, Bad Sachsa 68,50, Bahn i. P. 55,50, Bargeheide 172,50, Barmen-Eberfeld 363,25, Bartenstein 124,75, Barth 73,50, Baugen 693,75, Bayreuth 923,50, Beelitz 41,50, Belgard 34,25, Belgern 68, Belgitz 110, Bensheim-Auerbach 46,50, Bergeborf 402,50, Bergen a. Rügen 184,25, Berlin 8062,25, Bernau 102,50, Bernburg 204,25, Bielefeld 150,50, Birkenverder 85, Bischofsberda 40, Bitterfeld 300, Blankenburg a. S. 92,50, Blankenburg i. Th. 159, Bochum 17,75, Boizenburg 188, Vollenhain 128, Bonn 137,50, Borna 195, Bramsche 13,50, Brandenburg 213, Brandis 91,50, Braunschweig 95,75, Braunschweig 616,25, Breßfeld 22,50, Bremen 1045,25, Bremerörbe 19, Breslau 2636,50, Brieg 551,25, Bromberg 1037,75, Brühl 21, Brunsbüttel 303,25, Brunsbüttel 43,25, Büchelburg 9, Buchow 20, Bullenhausen 31, Bunslau 297,75, Burg a. Jelmarn 38, Burg b. M. 649,50, Burgstädt 429,25, Bütow 63, Bülow 343, Burghude 28,50, Carbe 94, Camburg 97,75, Cammer 312, Canth 105, Cassel 1077, Castrop 14,25, Celle 243, Chemnitz 4246, Coblenz 347,50, Coburg 192, Colbitz 41,25, Colmar i. Elz. 227,75, Cöln 930,25, Cöthen 68,75, Cramwinkel 188,25, Crefeld 114,75, Creuzburg a. d. W. 77, Crimmitschau 588, Crivitz 15, Cronsförde 204, Crotzen 66,50, Culm 327, Culmsee 598,50, Cuxhaven 64,25, Czarnikau 100,50, Dahlen 141,75, Danzig 3884, Dargun 67,50, Darmstadt 1017,75, Deckenbach 88,25, Delitzsch 625,25, Delmenhorst 933,25, Demmin 113,75, Dessau 188,25, Detmold 310,50, Deutsch-Cyrlau 13,50, Deutsch-Wissa 486,25, Dießen 238,50, Dinslakenbühl 15, Döbeln 311,25, Doberan 268,50, Domslau 12, Dorfen 105, Dortmund 704,75, Dresden 45 279, Driesen 115,75, Droyßig 39,25, Duisburg 128,25, Düsseldorf 891,25, Eberswalde 254,25, Ebingen 51, Eckernförde 68,50, Eichebe 81,50, Eilenburg 199,50, Eifenach 645,25, Eifenberg 142,25, Eisleben 96, Elbing 574, Elmshorn 182,50, Elsterberg 74,75, Ebershausen 172,50, Erfurt 455,50, Essen 187,75, Eutin 159, Falkenstein 215, Fallersleben 67,50, Feldberg 139,50, Festerberg 108,50, Fiddichow 50,50, Filehne 9,75, Finsterwalde 200,50, Flatow 20,50, Flensburg 544,25, Flottbeck 75, Forchheim 105, Forst 255,75, Förste a. S. 430,25, Frankenberg i. S. 322,50, Frankenhäusen 68, Frankenthal 118,50, Frankfurt a. M. 7230,25, Frankfurt a. d. O. 253, Freiburg i. B. 182,25, Freiburg i. Schl. 70,50, Freising 72, Freudenstadt 300,25, Freyhan 579,50, Frieda 186, Friedeberg 227,25, Friedland i. M. 167,50, Friedland i. Schl. 105, Friedrichshagen 322, Friedrichsfort 372,25, Fulda 46,50, Fürstenberg 218,50, Fürstenwalde 70,75, Gardelegen 17, Garzfeld 85,50, Garz a. d. O. 12, Garz a. Rügen 116,50, Geesthacht 50, Genthin 9, Gera 942,50, Glauchau 413,50, Glogau 406, Glöckstadt 67,25, Gmünd 181,50, Gnoien 55, Goldap 153, Goldberg i. Schl. 130, Gollnow 129,50, Gommern 100, Göttingen 116, Görtz 662,75, Goslar 30, Gotha 1010, Göttingen 347,50, Grabow 168, Gräfenhainichen 18, Gransee 7,50, Graubenz 263,50, Greifenhagen 170,25, Greifswald 36,25,

Greiz 376,50, Grevesmühlhen 230, Grimma 225,25, Grimmen 45, Großsch-Pegau 352,25, Gronau 9, Großbreitenbach 296,75, Großbain 605, Groß-Neuendorf 125, Großröhrsdorf 555, Groß-Wolern 118,50, Groß-Zimmern 527, Grünberg i. Schl. 112,50, Grünberg i. Pof. 300,25, Guben 576,75, Gubrau 6, Gumbinnen 936, Güssen 78, Gütstrow 564,25, Gütersloh 25,50, Haderleben 90,25, Hagen i. Pom. 152,75, Hagen i. W. 68, Hagenow 294,75, Hainichen 152,6, Halberstadt 261,75, Halle 1248, Hamburg 5697,50, Hameln 98,25, Hammer i. Pom. 68,50, Hannover 2102,25, Hann.-Münden 105, Hasloh 44, Haynau 151, Heide 139, Heidenheim 69,75, Heilbronn 599,75, Heiligenbeil 83,25, Helmbrecht 284,50, Helmstedt 7,25, Hennigsdorf 64, Herbsleben 142,25, Heringen 106,75, Hermsdorf 74, Hildesheim 146, Hirschberg a. d. S. 69,50, Hirschberg i. Schl. 1427,50, Hof 791,25, Hohenkirchen 18, Hohenfalka 236, Holzkirchen 88, Hörnerkirchen 13,50, Hundsfeld 139, Jauer 31, Jena 379,25, Jeknitz 43, Jever 3,50, Jlnenau 84,75, Jngolstadt 97, Jnsterburg 359,25, Jserlobn 63, Jshoe 113, Jüterbog 189,50, Kahla 56,75, Kaiserlautern 185, Kallberge 27, Kallenfirchen 24, Karlsrube 233,50, Kattowiz 773,25, Kaufbeuren 99,75, Kellinghusen 16,75, Kempten 165,25, Kiel 1264,75, Kirchheim u. Teck 73, Klingenthal 9, Klitz 100, Kolberg 562, Kolmar i. Pof. 788,75, Kolzig 165,75, Königsberg i. Pr. 909, Königsbrück 222,50, Königsee 344, Königshütte 4, Königslutter 82,50, Königswusterhausen 39, Konitz 294,75, Körlin 1,50, Köslin 291,75, Krafow 45,50, Kranichfeld 251,50, Kremen 21, Kronach 36,75, Kröpelin 361, Kulmbach 418,50, Laage 199, Lahr 28,50, Landau 311,50, Landeshut i. Schlefien 34,50, Landsberg a. d. W. 370,25, Landeshut i. Bayern 517,50, Langenbielau 172,75, Langenöls 113, Langensalka 299,75, Laffan 28,50, Latowiz 22,50, Lauenburg a. d. E. 105,25, Lauf 173, Laufitz 180, Lehe-Gestemünde 30,75, Lehn 134,75, Leipzig 4857,25, Leisnig 83, Lengsfeld 258,25, Liebenwerda 222,50, Liegnitz 750,75, Lindau 33,25, Lissa 75, Lössau 249,50, Löbnitz 246,75, Loitz 35, Lörrach 38,75, Löben 143,75, Lübben-Steinfirchen 364,75, Lübeck 934,25, Lübs i. P. 96, Lüthjen 35, Lübz i. M. 116, Lütchow 18, Lütza 76,50, Lützenwalde 407,75, Ludwigshafen 535,50, Ludwigslust 87,75, Lüneburg 141,25, Lützenburg 40,50, Lützen 393, Lützen 75,75, Lyck 405, Magdeburg 999,50, Mainz 161,75, Malchin 92,25, Malchow 36,50, Mannheim 2967, Marienfirchen 285,75, Marienwerder 154,25, Markkisa 41,25, Marktneufirchen 376,25, Marne 6, Meerane 957, Meiborf 86,50, Mellendorf 36, Memel 280, Merseburg 70,50, Meß 467,25, Meura 439,50, Meuselbach 185,25, Meuselwitz 11,25, Miesbach 177,75, Militsch 385, Minden 124, Mirow 285,25, Mittweida 348,50, Mohrungen 282,50, Mühlendorf 177, Mühlhausen i. Th. 113,75, Mühlhausen i. Gl. 472,50, Mühlheim a. Rh. 68,75, München 19 209,20, München-Gladbach 24, Nafel 366,25, Nauen 155,25, Naugard 12, Naumburg 57,50, Neife 42, Neubrandenburg 182, Neubufow 236,50, Neudamm 143,25, Neugersdorf 948,75, Neuhaldensleben 36,75, Neuhänsel 57, Neutalen 133,25, Neulofter 153,25, Neumarkt 54, Neumünster 57,50, Neurobe 58,50, Neuruppin 318,75, Neufalk 278, Neufalk i. Gof. 36,25, Neufalk 271, Neufalk 183,25, Neufalk 6, Nienburg a. d. W. 18, Niesky 65,50, Nimpfich 171,50, Nordhausen 485,25, Northeim 130,50, Noffen 444,50, Nowawes 358,25, Nürnberg 4318,50, Nürtingen 71,75, Oberhausen 90, Ober-Niederneufirch 464,75, Obernied 50, Oberrennersdorf 103, Ober-Salzbrunn 111,50, Obornitz 257,25, Oberberg 30, Oehringen 99, Oels 83, Oelsnitz 408,75, Oflau 96, Olbernhau 37,50, Oldenburg 563,25, Oldesloe 144,75, Oppeln 216,75, Oranienburg 30, Oshag 141, Oshersleben 94,50, Osterburg 9, Osterode 10, Osterwieck 35, Parchim 119, Pafewall 174,50, Paffau 111,75, Peine 144,50, Peiferwitz 191,75, Peitz 18, Penig 274,50, Penzig 262,75, Perleberg 19,50, Pforzheim 139,50, Pinneberg 194,50, Pirmasens 91,50, Plau 261,50, Plauen 1026,50, Plön 83,75, Pöbejuch 85,50, Pölk 61,50, Pofen 401,75, Pöppneck 172, Potsdam 391, Pretzsch-Schmiedeberg 96,50, Prien 27,75, Pyritz 56, Querfurt 124, Radolfzell 15, Rafenburg 264,75, Rathenow 309, Ratibor 61,50, Raheburg 108,50, Regensburg 945,25, Regenwalde 75,50, Rehof 92,25, Rehan 294, Reichenau i. S. 370, Reichenbach i. Schl. 237, Reichenbach i. W. 510,50, Reichenbachfen 317,25, Reinet 108,50, Reinfeld 213,75, Reimich 15,50, Reutlingen 75, Rheinsberg 99, Ribnitz 209, Richtenberg 78, Riefa 637, Riesenburg 41,50, Röbel 271,50, Roda 137,75, Rogafen 12, Röhrda 170,25, Ronneburg 61, Rosenheim 286,50, Roßlau 5, Roßwein 205,50, Roftock 150,50, Roth 72, Rötha 251,50, Rothenburg a. d. E. 39, Rudolfstadt 266,50, Ruhland 36,75, Ruppertsdorf 115,25, Saalfeld 157, Saarbrücken 688,75, Sachwitz 21, Sagan 54,25, Salungen 489, Salzwedel 122,25, Sand 618, Satow 68,25, Seefen 6,75, Segeberg 115,25, Seidenberg 86,25, Selb 209,50, Semd 78, Seufzenberg 187,50, Singen 83, Sohland 472,50, Soltau 36, Sommerfeld 7,50, Sonderburg 18,75, Sonneberg 191, Sorau 9, Spandau 612,75, Speyer 197, Spremberg 131, Sprottau 67,25, Sülze 21,25, Swinemünde 475,50, Schalkau 53, Schippenbeil 87, Schivelbein 25, Schkeuditz 557,25, Schladen 7,50, Schlawa 126,50, Schleswig 216,75, Schmölln 411,50, Schneidemühl 159,75, Schönberg 339,25, Schönebeck 148,25, Schoppeheim 54, Schwaan 315,25, Schwabach 240,75, Schwandorf 189, Schwartau 112,50, Schwarzenbach 343,75, Schwarzenfel 120,75, Schwarzenberg 126,50, Schwebt 168, Schwebnitz 297,75, Schweinfurt 231, Schwerin 532,50, Schwiebus 79,50, Stade 108,50, Stadlhagen 85, Stallupönen 30, Stargard i. M. 85, Stargard i. P. 180, Starnberg 160,25, Stafurt 24,50, Stavenhagen 1,50, Stendal 334,50, Sternberg 145, Stettin 217,75, Stöckelsdorf 332,50, Stollberg 179, Stolp 406,75, Stralund 42,25, Stralsburg i. d. U. 60, Stralsburg i. W. 471,50, Stralsburg i. E. 1424,25, Straubing 426,25, Strehla 74,50, Stuttgart 1927,50, Tambach 243,75, Tangermünde 47, Tefin 70,50, Teterow 122,25, Thorn 700,75, Tilsit 491, Timmenborfer Strand 9, Timmenrode 51,50, Tondern 1,75, Tönning 100,50, Torgau 63, Torgelow 36, Trachenberg 78, Traunfein 26,25, Trebbin 54, Trebnitz 283, Treptow a. d. N. 17,25, Treptow a. d. E. 73,50, Treuen 125,75, Triebis 27, Trier 184,50, Trittau 44,50, Tüttlingen 7,50, Ueckermünde 124, Uelzen 213,75, Uetersen 106, Ulm 11, Wandenburg 32, Welden 45, Welfen 98, Werdau 45, Waldenburg i. Sa. 155,25, Waldenburg i. Schl. 206,75, Waldheim 61,50, Walsrode 107,25, Waltershausen 204, Wangelnstedt 7,50, Wankendorf 121, Waren 18, Warin 31,50, Warnemünde 26,25, Wedel 232,50, Weferlingen 9, Wehlau 17,50, Weiba 60, Weilheim 91,50, Weimar 34,50, Weifenfels 248,50, Weifwasser 141,75, Weizow 6, Werdau 176,50, Werder 101,25, Wernigerode 206,75, Wessfel-

buren 20,25, Wefterland 30,25, Wilhelmshaven 316,50, Wilster 21, Wiften a. d. N. 5,25, Wiften a. d. E. 167, Wismar 17,50, Wittenberg 132, Wittenberge 59,25, Wittenburg 251, Wittingen 130,50, Witzenhafen 24, Woldegk 362,50, Wolgast 43,50, Wongrowiz 172,75, Worms 176, Wreschen 126,75, Wriezen 10, Würzburg 1015, Wurzen 160,50, Wusterhausen 1, Zäckeritz 72,50, Zahna 99,50, Zarentin 51, Zehdenick 320,50, Zeitz 281, Zerbst 176,75, Zeulenroda 19,50, Ziebingen 72,50, Zielenzig 6, Zittau 2138, Zörbig 68,75, Zoffen 15,25, Zwenkau 264,25, Zwickau 564,25.

An diversen sonstigen, der Hauptkaffe in Rechnung gestellten Belegen gingen ein: Aus Warmen M. 180, Wramfche 92,88, Braunschweig 10, Bremen 175, Chemnitz 37,48, Colmar 132, Düsseldorf 8,30, Freiburg i. B. 216, Lauterbach 57,20, Mainz 20,88, Mittenwalde 3, Mückenberg 30, Neufalk 24,20, Neufalk 468,16, Noffen 17,50, Nürtenberg 124,56, Olbernhau 72, Schwerin 22, Stettin 72,90.

**Arbeitslosenunterstützungen**

wurden im Februar nach den im März eingegangenen Quittungen ausbezahlt:

8853 Tage à 50 M	..... M.	4426,50
19791 " " à 75 " "	..... "	14843,25
20003 " " à 100 " "	..... "	20003,—
16629 " " à 125 " "	..... "	20786,25
25912 " " à 150 " "	..... "	38868,—
43239 " " à 175 " "	..... "	75668,25
33291 " " à 200 " "	..... "	66582,—
Summa 167718 Tage	..... M.	241177,25

Noch einmal weisen wir darauf hin, daß das erste Quartal buchmäßig mit dem 28. März abgeschlossen war. Jeder Zahlstellenkassierer muß mit diesem Datum seine Bücher, unbefümmert um etwaige Restwochen der Mitglieder, abgeschlossen haben um die Abrechnung für die Hauptkaffe rechtzeitig aufstellen zu können. Die letztere muß bis spätestens am Dienstag, 14. April, an der Zentralstelle eingetroffen sein.

Ebenso müssen die der Hauptkaffe zukommenden Beträge sowie die Belege über auf Rechnung der Hauptkaffe gemachte Ausgaben mit eingefandt werden.

Ganz besonders müssen wir darauf hinweisen, daß wir später eingehende Reiseunterstützungsquittungen nicht mehr anerkennen können; es liegt somit im eigensten Interesse der Lokalkassen, dafür zu sorgen, daß alle Belege umgehend eingefandt werden.

Schließlich wollen wir nicht veräumen, in bezug auf die zu leistenden Beiträge in Erinnerung zu bringen, daß in allen Fällen der Lohnsatz maßgebend ist. Diejenigen Zahlstellen, welche infolge einer am 1. April erfolgten Lohnhöhung in eine andere Beitragsklasse rücken, haben, soweit es nicht schon geschehen ist, unverzüglich die für diesen Lohnsatz laut § 6 Absatz 2 des Statuts maßgebende Markenforte zu bestellen. Dieses trifft auch zu auf solche Zahlstellen, aus denen einzelne Mitglieder in einer andern arbeiten, wo die Beiträge aus dem angeführten Grunde höhere wurden.

Die Zahlstellenkassierer haben darauf zu achten, daß in allen Fällen die statistische Beitragsleistung erfolgt.

Adolf Römer, Kassierer.

**Unsere Lohnbewegungen.**

Ausgesperrt sind die Zimmerer in Coswig a. Anhalt. Gestreift wird in Nauen. Gesperrt ist der Arbeitsnachweis des Arbeitgeberverbandes in Braunschweig, Bremen, Dortmund, Oldenburg und Vegeack, in Bahn das Geschäft von Bagel, in Bergen a. Rügen das Geschäft von Feudel, in Birkenwerder das Geschäft von Thiele, in Ebersfeld die Arbeiten der Betonfirma Rebecke & Co., Neubau Michels, in Gützkow das Geschäft des Zimmermeisters Schulz, in Hagen i. Westf. das Geschäft von Drewes, in Jshoe die Alfensche Portlandzementfabrik, in Karlsrube die Firmen Dyckerhoff & Wiedmann (Kanalbau), in Lieberose das Geschäft von P. Mattig, in Meß die Geschäfte von Breitingen und Heidrich, in Rehan das Geschäft von Strunz, in Schweidnitz das Geschäft von Karve, in Straßburg i. Elsaß das Geschäft von Siegfried, in Wusterhausen a. d. Dofse die Firma A. Neumann.

**Der Kampf der Bauherren und Bauunternehmer in Mecklenburg gegen die Gewerkschaften,** der bislang mehr im geheimen geführt wurde, nimmt jetzt greifbarere Gestalt an. Von den Unternehmern zeichnet sich besonders der schon in unserer Notiz in Nr. 12 des „Zimmerer“ genannte Zimmermeister Gröhn in Kröpelin in diesem Kampfe aus. Er kann es den Zimmerern noch immer nicht vergeffen, daß sie es gewesen sind, die bei den Tarifinstanzen seine Verurteilung zu nicht unerheblichen Lohnnachzahlungen durchgesetzt haben. Dafür will er anscheinend jetzt Rache nehmen, weshalb er sich an die Spitze der Organisationshebe stellt. Wir haben von vornherein dieses Treiben der mecklenburgischen Unternehmer als einen argen Verstoß gegen den Tarifvertrag gekennzeichnet, gegen den selbstverständlich die in Frage kommenden Instanzen die erforderlichen Maßnahmen ergreifen werden. Es kann unter keinen Umständen angehen, daß Unternehmer, mit denen unser Zentralverband in einem Tarifverhältnis steht, unsere Verbandsmitglieder von jeder Arbeit ausschließen und Arbeitskräfte von außerhalb heranziehen, so wie das jetzt in Kröpelin geschieht. Dabei wird der Tarifvertrag einfach zur Farce. Unser Hinweis auf die geschilderten Vorgänge und die sich daran anknüpfende Warnung im „Zimmerer“ Nr. 12 haben leider nicht genügende Beachtung gefunden. Wie wir erfahren, haben sich von Berlin aus durch Zeitungsinsertate angeworbene Zimmerer nach Kröpelin transportieren lassen, um dort in Arbeit zu treten und die

Unternehmer im Kampfe gegen unsern Verband und seine Mitglieder zu unterstützen. Unter den Angeworbenen, die in Kröpelin die Arbeit aufgenommen haben, befinden sich auch acht Lokalkassen. Zu welchem Zwecke sie gebraucht werden, ist ihnen nicht unbekannt, sie müßten das schon daraus entnehmen, daß sie behandelt werden, wie Unternehmer in der Regel Arbeitswillige zu behandeln pflegen; sie erhalten nämlich bei freiem Logis mit teilweiser Verpflegung noch einige Pfennige mehr Lohn, als sonst in Kröpelin gezahlt werden. Unsere Kameraden sind über das vertragswidrige Treiben der Unternehmer nicht weniger erbittert als über die schofle Handlungsweise der Lokalkassen. Neben Gröhn kommt noch der Unternehmer Bohanz in Frage, der mit der gleichen Energie wie Gröhn gegen unsern Verband wütet. Wögen sich alle Kameraden diese beiden Namen einprägen, damit fernerhin niemand in die Lage kommt, sich zu einer so schimpflichen Rolle gebrauchen zu lassen, wie jetzt die Lokalkassen in Kröpelin. Nachdem aber auch mit Sicherheit darauf zu rechnen ist, daß die Aktion der Bauherren und Unternehmer bald weitere Kreise ziehen wird, sind Arbeitsangebote nach Mecklenburg mit der größten Vorsicht aufzunehmen.

**Platzstreik in Birkenwerder.** Am 1. April 1912 ist für Birkenwerder ein Tarifvertrag geschlossen worden, der zwei Jahre Gültigkeit haben und mit dem 31. März 1914 erledigt sein sollte. Der Stundenlohn war für das erste Jahr auf 73 M, für das zweite Jahr auf 76 M festgesetzt. Die ungünstigen Arbeitsmarkverhältnisse im vorigen Jahre veranlaßten nun unsere Kameraden, bei der Firma Adolf und Alfred Thiele auf die am 1. April 1913 fällige Lohnhöhung nicht zu bestehen, sondern für den bisherigen Lohnsatz von 73 M weiter zu arbeiten. Damit sollte natürlich nicht für alle Ewigkeit auf eine Lohnhöhung verzichtet werden. Genannte Firma muß aber wohl dieser Meinung gewesen sein; denn als vorige Woche unsere Kameraden schriftlich darum ersuchten, nunmehr den schon 1912 bewilligten Lohnsatz von 76 M zu zahlen, beantwortete die Firma diese eigentlich selbstverständliche Forderung mit der Entlassung sämtlicher Zimmerer. Das hatte die Verhängung der Sperre über das Geschäft zur Folge. Zuzug ist fernzuhalten.

**Differenzen in Meß.** In Meß ist, wie uns berichtet wird, bei den Zimmermeistern Heidrich und Breitingen die Arbeit eingestellt worden. Differenzen wegen Zahlung von Landgeld bilden die Ursache. Eine friedliche Erledigung scheiterte an dem Widerstand der beiden Unternehmer. Beteiligt sind 19 Verbandsmitglieder.

**ArbeitsEinstellung in Waghäufel b. Speyer.** Am Bau einer Zuderfabrik in Waghäufel, ausführende Firma Bahß & Freitag, sind unsere Kameraden in den Streik getreten zur Erringung eines höheren Lohnes. Die Forderung lautet auf 5 M mehr pro Stunde. Sie wurde von der Firma abgelehnt und den Beteiligten erklärt, wer nicht für 60 M weiterarbeiten wolle, sei entlassen. 17 Mann haben die Arbeit niedergelegt; ein Teil der Streikenden ist sofort abgereist. Die Firma verfolgt sie indes durch schwarze Listen und erzwingt ihnen die Arbeitsgelegenheit. Einer der Streikenden, der bei Dyckerhoff & Wiedmann in Karlsrube Arbeit gefunden hatte, wurde gleich andern Tags gemahregelt.

**Mit den Maßregelungen in Stolp i. P.,** über die wir in Nr. 12 des „Zimmerer“ berichteten, hat sich am 16. März das Tarifamt beschäftigt. Uns liegt darüber das nachstehend abgedruckte Protokoll vor:

Stolp, den 16. März 1914.  
Sizung des Tarifamtes für das Baugewerbe.  
Nr. 21. G. G.

Anwesend: Stadtrat Wegel, Vorsitzender; Maurermeister Kirchmann; Zimmermeister Vof; Bauunternehmer J. Karsten; Zimmerer Gilrich; Zimmerer Nischke; Zimmerer Albrecht.

Der Vorsitzende trug zunächst das Protokoll der Schlichtungskommission vom 26. Februar 1914 und die Eingabe des Verbandes der Zimmerer vom 28. Februar 1914 vor.

Das Tarifamt beschließt: Da weder der Zimmermeister Nischke noch ein Vertreter des Zentralverbandes erschienen ist, den entstandenen Streitfall zunächst auf sich beruhen zu lassen und sich zur Vermeidung künftiger Streitigkeiten nur mit einer allgemeinen Auslegung des Tarifvertrages zu befassen.

Das Tarifamt einigt sich auf folgenden Schiedsspruch:

Ein Arbeitgeber darf Angehörigen derjenigen Organisationen, mit der er einen Tarifvertrag abgeschlossen hat, nicht mit der Begründung zurückweisen, er beschäftige Angehörige der betreffenden Organisation nicht, oder stelle sie nur dann ein, wenn sie aus der Organisation austreten. Ein derartiges Verhalten würde gegen den Tarifvertrag verstoßen. Das Recht der freien Auswahl von Arbeitskräften wird für die Arbeitgeber hierdurch nicht berührt.

gez.: Dr. Wegel. P. Vof, Joh. Karsten. W. Kirchmann, gez.: G. Nischke. M. Gilrich, A. Albrecht.

**Forderungen und Streik in Degow b. Kolberg.** In dem Kolberg benachbarten Degow werden Löhne gezahlt von 35 bis 38 M pro Stunde. Da eine Aufbesserung dringend nötig ist, einigten sich unsere Kameraden auf eine Forderung von 2 M pro Stunde. Als die Forderung abgelehnt wurde, reichten sämtliche Kameraden, zwölf an der Zahl, ihre Kündigung ein. Nach Ablauf dieser Frist hat aber nur die Hälfte die Arbeit eingestellt, die andere Hälfte arbeitet weiter. Ob unter solchen Umständen die Anerkennung der Forderung durchgesetzt werden kann, erscheint fraglich.

**Vereinbarungen in Bückeburg.** Mit den Zimmermeistern Bückeburgs haben unsere Kameraden einen Tarifvertrag abgeschlossen, der dreijährige Gültigkeit hat und eine Lohnhöhung von 3 M vorschreibt, für jedes Jahr 1 M. Die Arbeitszeit bleibt zehn Stunden. Ueberstunden werden mit 10 M Aufschlag pro Stunde vergütet.

**Verhandlungen und Vereinbarungen in Wildbad.**  
Am 23. und 24. März fanden in Wildbad Verhandlungen statt zum Abschluß eines Tarifvertrages. Der seitherige Stundenlohn betrug 50 S. Erreicht wurde zunächst der achtstägige Arbeitstag. Der Stundenlohn beträgt vom 1. April 1914 bis 31. März 1916 53 S., vom 1. April 1916 bis 31. März 1917 54 S. An Zuschlägen wurde vereinbart: für Ueberstunden 25 pSt., Nachtarbeit 50 pSt. und Sonntagsarbeit 100 pSt. Gerüst- und Karbolinumarbeiten werden mit 10 S Zuschlag pro Stunde bezahlt. Für Ueberlandarbeiten werden je nach der Entfernung 50 S, M 1,80 und M 2 pro Tag bezahlt. Die Zimmerer in Wildbad sind alle organisiert.

**Aus Dießen am Ammersee.** Die Zimmermeister in Dießen, die seit sieben Jahren mit unserer dortigen Zahlstelle in einem Tarifvertragsverhältnis stehen, haben es schon im vorigen Jahre mit der Zahlung des Tariflohnes nicht so genau genommen. Bei der schlechten Konjunktur konnten geeignete Gegenmaßnahmen nicht ergriffen werden. Jetzt scheint es, daß sie noch ein weiteres beabsichtigen; denn sie haben in lafonischer Kürze und Außerachtlassung der sonst üblichen Formen den Tarifvertrag gekündigt, womit am 22. April 1914 eine tariflose Zeit eintritt. Ob sich die Zimmermeister dann wohlher fühlen werden? Unsere Zahlstelle ist auf dem Posten. Sie wird sich bei passender Gelegenheit melden. Vorläufig gilt es den Zugang von Zimmerern nach Dießen am Ammersee fernzuhalten. Es darf sich kein Zimmerer durch Inserate oder sonstige Angebote nach Dießen locken lassen.

**Aus Messina (Italien),** der Hauptstadt Siziliens, schreibt uns ein Verbandskamerad. Er warnt die deutschen Zimmerer davor, nach dort zu kommen, da es einfach unmöglich ist, Arbeit zu erhalten. Die Italiener verweigern ein Zusammenarbeiten mit Deutschen, sie greifen selbst zur Arbeitsniederlegung, wenn sie ihren Willen auf andere Art nicht durchzusetzen vermögen. Die Lohnverhältnisse sind recht dürftige, der Verdienst reicht kaum zum Leben. Hinzu kommt, daß die Deutschen, wenn sie der italienischen Sprache nicht mächtig sind, ebendrei noch von allen Seiten betrogen werden. Gehe daher feiner nach Sizilien.

**Berichte aus den Zahlstellen.**

**Bergedorf.** Unsere regelmäßige Mitgliederversammlung fand am 28. März statt mit der Tagesordnung: 1. Kartellbericht. 2. Maifeier. 3. Verschiedenes. Anwesend waren 24 Kameraden. Der Kartellbericht wurde ohne Debatte entgegengenommen. Der Vorsitzende gab hierzu bekannt, daß auch uns vom Hamburger Ausschuss für Volksschauspiele Karten zur Verfügung stehen, und ersucht die Kameraden, hiervon Gebrauch zu machen. Zum zweiten Punkt wurde beschlossen, den 1. Mai durch Arbeitsruhe zu feiern, und allen Kameraden zur Pflicht gemacht, sich an dem Demonstrationzuge zu beteiligen. Im letzten Punkt gab der Vorsitzende einen Bericht über den Stand unserer Tarifbewegung. Die Arbeitgeber haben es abgelehnt, nach den Entscheidungen des Tarifamtes arbeiten zu lassen, vielmehr haben sie Berufung beim Haupttarifamt hiergegen eingelegt. Material für Affordarbeit haben sie für uns Zimmerer nicht beibringen können, und somit ist die Affordarbeit für uns unzulässig, für Maurerarbeiten haben sie 13 Fälle angeben können; die Entscheidung hierüber wird am 7. April von Unparteiischen gefällt werden. Eine kurze Ansprache richtete ein Vertreter des Jugendbundes an die Versammlung, indem er eingehend die Veranstaltungen des hiesigen Arbeiter-Jugendbundes klarlegte und zum Schluß die Bitte an die Kameraden richtete, die schulentlassene Jugend sowie die Lehrlinge dem Verein zuzuführen. Nach Erledigung einiger lokaler Angelegenheiten war Schluß der Versammlung.

Unsere Bezirksversammlung in Kirchwärdener war nur schwach besucht. Es scheint in letzter Zeit bei den Kameraden eine allgemeine Gleichgültigkeit der Organisation gegenüber einzutreten. Die Kameraden täten besser, sich in Zukunft etwas mehr am Versammlungsbesuch und an der Verbandsarbeit zu beteiligen, damit auch in Wierlanden der letzte Zimmerer sich unserer Organisation anschließt. Es wurde beschlossen, in Kirchwärdener, Nordseite, eine Agitationsversammlung in nächster Zeit abzuhalten, um hier die noch unorganisierten Zimmerer für uns zu gewinnen. Bedauert und scharf verurteilt wurde das Vorgehen des Zweigvereins des Deutschen Bauarbeiterverbandes von Ochsenwärdener. Es war zwischen dem Zweigverein und uns eine Vereinbarung zustande gekommen, in diesem Frühjahr gemeinsam den Arbeitgebern eine Lohnforderung und eine Forderung auf Arbeitszeitverkürzung einzureichen. Trotzdem ließen sich die Führer des dortigen Zweigvereins bewegen, allein mit den Arbeitgebern zu verhandeln, ohne uns davon in Kenntnis zu setzen. Aus welchen Gründen, ist uns schwer zu erraten; sie wollen es auf keinen Fall mit ihren Brüdern verderben. Deshalb ist es auch kein Wunder, daß sie die zehnstündige Arbeitszeit beibehalten haben und ihnen nur 2 S zum 1. Juli und 3 S zum 1. Oktober zugestanden worden sind. Ja, wenn es wahr sein sollte, wie uns mitgeteilt wurde, daß die Arbeitgeber die neunstündige Arbeitszeit bewilligen wollten, nur nicht mehr als 5 S Lohnhöhung, diese aber vom Zweigvereinsvorstand abgelehnt wurde, weil sonst der Verdienst weniger würde, dann ist nur zu bedauern, daß sich noch Zimmerer in dieser Organisation wohlfühlen, anstatt sich ihrer Berufsorganisation anzuschließen, wo sie sichere Gewähr dafür finden, daß ihre Interessen voll und ganz vertreten werden.

**Breslau.** Eine interessante Mitgliederversammlung unserer Zahlstelle, unter Beteiligung der Mitglieder der hiesigen Freien Vereinigung der Zimmerer, tagte am 24. März im Gewerkschaftshause. Zur Tagesordnung stand: „Hat die Freie Vereinigung der Zimmerer Breslaus ihr Versprechen, welches sie den Breslauer Kameraden im Jahre 1908 gab, erfüllt?“ Hierzu führte Kamerad Goldschmidt als Referent etwa folgendes aus: Im Mai dieses Jahres werde die Freie Vereinigung der Zimmerer hier ihr fünfjähriges Bestehen feiern, darum sei es notwendig, einmal zu unterfragen, was sie in dieser Zeit geleistet und welche Erfolge sie zu verzeichnen habe. Er ging kurz auf die Gründe ein, die einen verhältnismäßig großen Teil der

hiesigen Kameraden im Jahre 1908 veranlaßte, eine neue Organisation am Orte ins Leben zu rufen, und machte diesen Kameraden den Vorwurf, daß sie sich bei der damaligen Lohnbewegung nicht genügend darüber informiert hätten, ob die Vorbedingungen zu einem Streik gegeben waren, den sie um jeden Preis wollten. An der Hand der Arbeitslosenunterstützungsstatistik am Orte und der des Gesamtverbandes wies er nach, wie unendlich schlecht die Arbeitsverhältnisse damals waren, gegenüber andern Jahren, und daß ein Streik bei einer so schlechten Konjunktur als unsinnig hätte bezeichnet werden müssen. Auch lagen seinerzeit die Verhältnisse schon so, daß die Bewegung allgemein geworden und daher auch allgemein erledigt werden mußte. Selbst das Organ der Freien Vereinigung, „Die Einigkeit“, brachte damals spaltenlange Artikel über die bestehende Wirtschaftskrise, die gewisse Maßnahmen für die Gründung der neuen Organisation am Orte moralische Backpfeisen waren. Tatsache ist aber, und das sei von vornherein festzuhalten, daß auch die Gründung dieser Organisation nicht vermocht habe, unsern Zentralverband auch nur um ein Zota von seinem Ziele abzubringen, das werde auch nicht geschehen, wenn noch an mehreren andern Orten ähnliche Organisationsgebilde entstehen würden. Der Weg, den unser Zentralverband beschritten hat, muß weiter verfolgt werden, wenn er die große Masse der Kameraden gewinnen will. Durch den Streik im Jahre 1908 wurde also weniger die Gesamtorganisation, als die Zahlstelle Breslau getroffen. Erreicht wurde nur, daß eine bis zu 95 pSt. organisierte Zahlstelle zerrüttet wurde und mit ihr zugleich auch die Arbeitsverhältnisse. Denn noch nie war die Antreiberei auf den Arbeitsstellen so groß wie in den letzten Jahren, und noch nie hatten die hiesigen Kameraden eine solche Behandlung von den Unternehmern und deren Vertretern auszuftuchen, als seit der Zeit, wo infolge der Gründung der Sonderorganisation ein Bruderkampf einsetzte, wie er bald nirgend ausgefochten wurde. Zum Glück für die hiesigen Kameraden haben sich in den letzten zwei bis drei Jahren die Organisationsverhältnisse für uns wieder gebessert; der größte Teil der Kameraden, die infolge der Verheerung seinerzeit der Organisation den Rücken fehrten, ist wieder zurückgekommen, und wenn der Zahlstelle Breslau zu Anfang des Jahres 1909 nur noch 411 Mitglieder angehört hätten gegen 759 im Jahre vorher, so zählte sie doch am Schluß des Jahres 1912 bereits wieder 708 Mitglieder. Infolge der schlechten Konjunktur sei allerdings im Vorjahre ein Rückgang eingetreten auf rund 650 Mitglieder. In demselben Maße, wie sich die Mitgliederzahl in unserer Zahlstelle aufwärts entwickelte, machte die der Freien Vereinigung naturgemäß eine entgegengesetzte Entwicklung durch, so daß von den ungefähr 300 Mitgliedern, die sie zu Anfang 1909 haben durfte, kaum 50 übriggeblieben sind. Anders konnte es auch gar nicht kommen, wenn man zurückdenkt, was alles an Versprechungen und Verdrehungen geleistet und nicht gehalten wurde. Weil der Zentralverband die Interessen der Breslauer Kameraden nicht vertritt, muß eine neue Organisation geschaffen werden, die das tut, so hieß es damals. Wir verstehen unter Interessenvertretung unserer Kameraden die Verbesserung der beruflich-wirtschaftlichen Lage derselben. Dazu gehört die Erämpfung höherer Löhne, Verkürzung der Arbeitszeit, Erziehung zu mehr Wissen und Bildung, Schutz vor Unternehmervillworen sowie Schutz vor Unglücksfällen usw. Daß hier der Zentralverband der Zimmerer seine volle Pflicht und Schuldigkeit getan hat, geht nicht nur aus den Verbesserungen in den letzten Jahren in allen obengenannten Punkten hervor, sondern dies beweist auch die Aufwärtsentwicklung unserer Zahlstelle, die wiederum auf das Zutrauen schließen läßt, was die hiesigen Kameraden in den Zentralverband setzen. Was hat nun aber die Freie Vereinigung getan, um die Interessen der hiesigen Kameraden zu vertreten? Nichts ist geschehen. An keinen Tarifvertrag gebunden, hat sie auch nicht das geringste getan, irgendwelche Verbesserungen zu erkämpfen. Anstatt für Erhöhung der Löhne einzutreten, versuchte man und hat es auch schon getan, in Afford zu arbeiten. Anstatt für Verkürzung der Arbeitszeit einzutreten, wurden, wo es nur möglich war, Ueberstunden geleistet, und unsere Organisationsleitung, wenn sie eingreifen wollte, in der niederträchtigsten Art und Weise beschimpft und bedroht. Bildung und Wissen wird in ihren Versammlungen mit der Schnapsflasche gefördert, anstatt dem Schnapsgenuss und der damit verbundenen Gefahr für Leben und Gesundheit vorzubeugen. Und wo es sich darum handelte, für eine anständige Behandlung unserer Kameraden, den Unternehmern und Vorgesetzten gegenüber einzutreten und dieserhalb oft die Arbeit eingestellt werden mußte, scheuten sie sich nicht, dem entgegenzuarbeiten; ja selbst vor Ausreisepfeifen schreckten sie nicht zurück. So sieht die Interessenvertretung der Freien Vereinigung der Zimmerer aus. Von unseren Versammlungen ferngehalten und von den Unternehmern zu den Verhandlungen nie zugelassen, mußte vermög ihrer Ohnmacht Willkür und damit dauernder Mitgliederchwund bei ihnen eintreten. Was wurde nun aber alles von unserm Zentralverband für die Zahlstelle Breslau allein seit Bestehen der Freien Vereinigung der Zimmerer, geleistet, um die Interessen der Breslauer Kameraden zu vertreten! Für Streikunterstützung M 46 000, für Arbeitslosenunterstützung M 54 500, für andere Unterstützungen und Bildungszwecke M 16 150 und aus der Lokalkasse nur für Unterstützungen M 5000, zusammen also M 125 650 in den letzten fünf Jahren. Hieraus ist am besten zu ersehen, in welcher Organisation die Interessen der Breslauer Zimmerer gewahrt werden. Die Entwicklung der Unternehmerorganisationen und ihr immer festerer Zusammenschluß zu riesigen Kampfsorganisationen verdrängt die Kämpfe lokaler Natur immer mehr, und mit ihnen auch die lokalen Organisationen. Rückwärts geht sie über dieselben hinweg. Vor der Tür stehen Riesenkämpfe, wie sie die Welt noch nie gesehen hat. Sie durchzukämpfen und für die Arbeiterschaft siegreich zu Ende zu führen, kann und wird nur die Aufgabe der großen zentralen Arbeiterorganisationen sein. — In der darauf einsetzenden Diskussion, die sehr sachlich geführt wurde, meldeten sich die Kameraden Krause, Fintke, Primpke und Wollel von der Freien Vereinigung zum Wort. Fintke griff in seinen Ausführungen bis auf die Lohnbewegung von 1906 zurück und versuchte hierbei das Märchen aufzuklären, daß der Arbeit-

geberbund damals 7 S Lohnzulage auf drei Jahre geboten, dies von uns aber abgelehnt worden sei, weil noch mehr herausgeholt werden sollte. Später hätten wir dann mit 5 S zufrieden sein müssen. Hier steht er tatsächlich mit der Wahrheit auf gespanntem Fuße, wie er sich dem Kameraden Goldschmidt gegenüber ausdrückte. Tatsache ist, daß bei den Verhandlungen der Vorsitzende des Bundes sagte, daß er auf seine Mitglieder einwirken wolle, dies zu bewilligen, in der nächsten Verhandlung aber sofort erklärte, daß er damit nicht durchgedrungen sei und die Generalversammlung der Unternehmer dies abgelehnt habe. Ferner übte Fintke an dem Abschluß der Bewegung von 1908 Kritik; sie sei von dem Zentralvorstand ohne die Mitglieder zu fragen, erledigt worden. Die Arbeitslosenunterstützung sei nicht Sache der Gewerkschaften, sondern die der Gesellschaft, wir dürften ihr die Lasten nicht abnehmen. Die Tarifverträge seien bei guter Konjunktur ein Hemmschuh für die Gewerkschaftsbewegung; er vergaß aber ganz darauf einzugehen, welchen Wert sie bei schlechter Konjunktur haben. Wollel entschuldigt den Mitgliederchwund bei der Freien Vereinigung damit, daß sie all die ungebildeten Kameraden aus derselben herausbugliert hätten, und es sei traurig, daß diese nun vom Zentralverband aufgenommen würden, worauf ihm erwidert wurde, ob denn die sogenannten Ungebildeten gebildeter würden, wenn sie unorganisiert herumlägen. Weiter glaubte er, daß die Breslauer Kameraden die 5 S Lohnzulage schon im vergangenen Jahre erhalten hätten, wenn nur gestreikt worden wäre. Auch befürchtete er, daß die hiesigen Unternehmer vom 1. April die 3 S Zulage nicht zahlen würden. Konstatiert wurde von den Rednern der Freien Vereinigung, daß, wenn sie auch sonst nichts hätten schaffen können, sie aber wenigstens das Selbstbestimmungsrecht in ihrer Organisation hätten, weiter wollten sie auch nichts. Kamerad Schmidt führte der Freien Vereinigung ebenfalls noch einmal ihre Unfähigkeit, irgend etwas zu leisten, vor Augen; er glaubt, daß auch die Kameraden, welche jetzt noch in der Freien Vereinigung sind, noch zur Vernunft kommen werden. In seinem Schlusswort ging Kamerad Goldschmidt kurz auf die von der Freien Vereinigung gemachten Ausführungen ein und konnte konstatieren, daß, was von uns behauptet wurde, nicht abgetritten werden konnte. Er betonte noch einmal, daß nur eine große Zentralorganisation den Arbeitern Vorteile bringen könne und nicht lokale Vereine. Straffe zentrale Organisationen wie unser Zentralverband müßten den Unternehmerorganisationen entgegengestellt werden. Eine Resolution, die die Notwendigkeit einer Einheitsorganisation in hiesigen Zimmergewerbe betont, wurde mit etwa 300 gegen 40 bis 50 Stimmen angenommen. Hierauf erfolgte Schluß der sehr interessanten Versammlung.

**Friedrichshagen.** Am 17. März fand unsere monatliche Mitgliederversammlung statt. Sie war leider sehr schwach besucht; ein Umstand, der von sehr großer Interessehaftigkeit zeugt. Im ersten Punkt der Tagesordnung wies der Vorsitzende darauf hin, daß wir versuchen müßten, in den östlich von Friedrichshagen gelegenen Ortschaften einen Tarifvertrag abzuschließen. Da dort jetzt eine bessere Konjunktur herrsche, so müßten wir dafür eintreten, daß die Unternehmer auch einen entsprechenden Lohn zahlen. Bei Bedarf von Leuten wird sich erst immer darum bekümmert, wo der betreffende Zimmerer her ist; ist er von unserer Zahlstelle, so winkt die Unternehmung ab, denn sie wissen, daß wir einen angemessenen Lohn fordern. Sie stellen darum auch meistens nur Leute aus den weiter entlegenen Dörfern ein, welche mit dem Lohn, den sie bekommen, zufrieden sind. Am nun für unsere Zahlstellenmitglieder bessere Arbeitsgelegenheit zu schaffen, müssen wir mit allen uns zu Gebote stehenden Mitteln versuchen, mit den dortigen Unternehmern einen Tarifvertrag abzuschließen. Um die Sache in die Wege zu leiten, wurde beschlossen, Mitte April eine öffentliche Zimmererversammlung in Erkner stattfinden zu lassen, um über Lohn- und Arbeitsbedingungen zu verhandeln. An den Kameraden unserer Zahlstelle muß es nun liegen, zu zeigen, ob sie für diesen Gedanken reif sind. Auf, in Massen nach Erkner! Ueber einen Antrag Verensstecher wurde zur Tagesordnung übergegangen. Da hier am Ort der tarifmäßige Lohn von einigen Unternehmern nicht gezahlt wird, wäre es für die Kameraden, die dort arbeiten, endlich an der Zeit, für ihre Rechte einzutreten. Aber diese sagen: „Das laß man den Vorstand machen, der ist dazu da.“ Durch diese Methode ist es in Friedrichshagen so weit gekommen, daß die Vorstandsmitglieder dort keine Arbeit bekommen. Hoffentlich werden diese Beilen beherzigt.

**Königsberg i. Pr.** (Jahresbericht.) Die allgemeine wirtschaftliche Depression, hervorgerufen durch die Balkanwirren und die drohende Gefahr eines Weltkrieges, hatte das Baugewerbe stark in Mitleidenschaft gezogen. Was trotz der politischen Wirren an Bauleistungen noch vorhanden war, wurde durch die Bestrebungen der Scharfmacher im Baugewerbe ungünstig beeinflusst. Die Androhung der Aussperrung durch die Unternehmer des Baugewerbes hatte zum guten Teil dazu beigetragen, die Bautätigkeit noch mehr einzuschränken. Die Hochkonjunktur, die wir 1912 in unserer Stadt zu verzeichnen hatten, flaute durch all diese Ursachen stark ab, obwohl der Wohnungsmangel noch immer stark in der Erscheinung tritt. Erst mit dem Abschluß der Tarifbewegung trat in der zweiten Hälfte des Jahres eine Besserung ein. Durch eine Anzahl Militärbauten sowie mehrere öffentliche Bauten, die durch die Entseftung der Stadt bedingt waren, wurde die Bautätigkeit wieder etwas belebt. Die private Bautätigkeit blieb jedoch gegen 1912 bedeutend zurück. Die Tarifbewegung hat uns einen erfreulichen Erfolg gebracht: eine Lohnhöhung von 10 S pro Stunde sowie die Verkürzung der Arbeitszeit von zehn auf neun-einhalb Stunden, die am 1. April 1915 in Kraft tritt. Das hervorsteckendste Moment bei den Tarifverhandlungen war die Absicht der Unternehmer, die Affordarbeit im Zimmergewerbe einzuführen. Trotz unseres energischen Widerspruchs und des Hinweises, daß die Affordarbeit im Königsberger Zimmergewerbe bisher fast gar nicht ausgeführt wurde, hielten die Unternehmer mit Zähnen und Nägeln daran fest, so daß die Verhandlungen zu Scheitern drohten. Hier zeigten sich auch die Unstimmigkeiten zwischen dem Bauarbeiterverband und uns, die in der Ge-



herab, daß er das linke Schlüsselbein brach. Der Mann wurde auf ärztliche Anordnung mit einer Krasidrosche nach seiner Wohnung gebracht. — Bei einem Gerüst-einsturz in Bierstadt bei Frankfurt a. M. wurde ein Maurer schwer verletzt. — Ein schwerer Unglücksfall, bei dem sechs Arbeiter ihr Leben eingebüßt haben, hat sich am Nord-Ostseeanal bei Brunsbüttelkoog zugetragen. Der Unfall ereignete sich bei der Abmontage der letzten Kabelbahn, die beim Schleusenbau benutzt worden war, dadurch, daß die beiden Endstützen der Kabelbahn umstürzten, nachdem die Belastung auf der einen Seite weggenommen worden war. Die Stütze an der Nordseite stürzte nach der Kanalfront, während die Südseitenstütze stehen blieb; sie brach jedoch in ihrem oberen Teile in sich zusammen. Fünf Arbeiter wurden auf der Stelle getötet, der sechste starb im Krankenhaus. Ein Arbeiter konnte sich durch Abpringen in den Kanal retten. Er erreichte schwimmend das Land. Eine Untersuchung ist eingeleitet. — Am 28. März verunglückte beim Bahnbau in Wilhelmshurg der Maurer R. Anderson so schwer, daß er nach einigen Stunden starb. A. war mit bei dem Hölherbringen einer Brücke beschäftigt und wollte an einem eisernen Träger etwas festschrauben. Dazu mußte er dicht an das Geleise herantreten. Während dieser Tätigkeit erfasste ihn eine Rangierlokomotive, drückte ihn zunächst gegen das Eisen und schleifte ihn noch zirka 2 m mit. Die Verletzungen waren furchtbarer Art. Die Ursache des Unfalles liegt in ungenügender Aufsicht. Zur Zeit des Unfalles war kein Warnungsposten ausgepostet. Durch gänglich unangebrachte Sparsamkeit ist ein blühendes Menschenleben vernichtet worden.

**Ein Betondeckeneinsturz in Nürnberg,** der sich im Sommer vorigen Jahres ereignete, beschäftigte kürzlich die dortige Strafkammer. Angeklagt war der Maurermeister St., der am 9. Juli vorigen Jahres als verantwortlicher Leiter des Neubaus Dobestraße 12 zwei Tagelöhner den Auftrag erteilt hatte, das aus Schlackenbeton hergestellte Kellerdeckengewölbe, das erst am 30. Juni hergestellt worden war, auszuschalen und dann den Hauseingang mit Riegeln oder Dielen abzusperren, damit ihn niemand betreten könne, da der Beton des Kellergewölbes noch nicht abgeunden hatte und noch nicht tragfähig war. Die beiden Tagelöhner schalteten auftragsgemäß das Deckengewölbe aus und gingen dann zum Frühstück, kümmerten sich aber weiter um gar nichts, sondern ließen alles liegen und stehen, wie es war. Während der Pause kamen zwei Arbeiter, um Schutzrohre für die elektrische Beleuchtung abzuliefern. Entgegen einer an sie ergangenen Weisung sollen sie das Gewölbe betreten haben, wodurch es zum Einsturz gebracht wurde. Einer der Arbeiter fiel in den Keller, wobei er sich so schwere Verletzungen zuzog, daß er noch heute andauernd arbeitsunfähig ist. Der Angeklagte St. soll durch seine Fahrlässigkeit den Unfall verschuldet haben, da er die Betondecke zu früh, schon nach neun Tagen, ausschalen ließ, ehe der Beton noch abgeunden hatte und verhärtet war. Außerdem sollen für die Decke teilweise die erforderlichen Auflagennoten gefehlt haben, und schließlich habe sich St. zu vertrauensselig auf seine Leute verlassen und sich nicht vergewissert, ob sein Auftrag, den Eingang unzugänglich zu machen, auch richtig ausgeführt worden war. Die Verhandlung gestaltete sich für den Angeklagten so günstig, daß er freigesprochen wurde.

**Ein Verstoß gegen die anerkannten Regeln der Baukunst** brachte den Tapetenfabrikanten Schröder in Düsseldorf vor die Schranken des Gerichts. Schröder reichte anfangs vorigen Jahres ein Baugesuch für eine Reithalle auf einem Grundstück an der Nordstraße ein. Baugesuch und Bauplan waren von ihm selbst unterzeichnet; mit der Anfertigung des Bauplans hatte Schröder einen Beamten der Baupolizei betraut. Der Entwurfer des Planes sagte dem Bauherrn zu, ihm bei der Ausführung des Baues mit seinem Rat zur Seite zu stehen, konnte aber die Bauleitung nicht übernehmen, da sonst seine Behörde von der verbotenen Privatarbeit erfahren hätte. Schröder gab deshalb als Bauleiter einen Architekten an, der andere Bauten für ihn ausgeführt hatte, aber von seiner Benennung als Bauleiter in diesem Falle nichts wußte. In Wirklichkeit leitete Schröder den Bau selbst und engagierte einen Polier, der die Arbeiten überwachte. Am 19. August vorigen Jahres stürzte eine Giebelmauer der Reithalle, die auf über 6 m hochgezogen war, ein und begrub acht Arbeiter, von denen zwei getötet und sechs verletzt wurden. Schröder und der Polier wurden wegen fahrlässiger Tötung und Verstoßes gegen die anerkannten Regeln der Baukunst unter Anklage gestellt. Der Verteidiger des Bauherrn stützte sich darauf, daß die Konstruktion von der Baupolizei genehmigt gewesen sei und daß Schröder deshalb der Ansicht habe sein können, daß die Konstruktion fehlerfrei sei. Die Sachverständigen waren jedoch einstimmig der Ansicht, daß die baupolizeiliche Genehmigung die Verantwortlichkeit des Bauleiters nicht aufhebe, da die baupolizeiliche Prüfung nach anderer Hinsicht erfolge. Tatsächlich habe ein Konstruktionsfehler vorgelegen. Auch in der Ausführung sei ein Fehler gemacht worden. Der Polier könne für diese Fehler nicht verantwortlich gemacht werden, weil man von ihm ein Erkennen der Fehler nicht erwarten dürfe. Das Gericht schloß sich im wesentlichen der Ansicht der Sachverständigen an und sprach den Polier frei. Schröder wurde zu vier Monaten Gefängnis verurteilt.

**Ans den Unternehmerorganisationen.**

Der Deutsche Arbeitgeberbund für das Baugewerbe hielt seine diesjährige Generalversammlung am 25. und 26. März in Eisenach ab. Ihm wohnten auch Vertreter der baugewerblichen Arbeitgeberorganisationen des Auslandes bei, und zwar aus Schweden, Norwegen, Dänemark, Oesterreich, Ungarn und der Schweiz. Mit den Organisationen dieser Länder steht der Arbeitgeberbund bekanntlich in einem Kartellverhältnis, das in der Hauptsache die gegenseitige Unterstützung bei Lohnkämpfen zum Zweck hat. Die Mitgliederzahl des Bundes ist seit 1913 zurückgegangen von 19 328 auf 17 633. Die Zahl der Bezirksverbände ist

sich gleich geblieben, sie beträgt 31, hingegen ist die Zahl der ihnen angeschlossenen Ortsverbände von 597 auf 556 gesunken, die Zahl der selbständigen Ortsverbände von 11 auf 9. Die Schuld an diesem Rückgang wird der schlechten Konjunktur zugeschrieben, der Abnahme der kleinen und dem Zunehmen der größeren Betriebe und der Unzufriedenheit mit den durch die Unparteiischen vorgeschlagenen Lohnerhöhungen bei der vorjährigen Tarif-erneuerung. Mit dieser hat sich übrigens die General-versammlung des Bundes, vor allem der Geschäftsbericht-erstatler, Herr Behrens aus Hannover, des längeren be-schäftigt, ohne daß Bemerkenswertes hierüber hervor-zugehen wäre. Was dazu vorgebracht worden ist, enthält in vollster Ausführlichkeit der vom Arbeitgeberbund an den Reichsbund baugewerblicher Arbeitgeberverbände erstattete Bericht, den wir in Nr. 12 des „Zimmerer“ besprochen haben. Besonders wichtig tat sich der Berichterstatter, als er die Tätigkeit des Bundes auf sozialpolitischem Gebiet erwähnte. Diese Tätigkeit bestand nämlich auch in der letzten Geschäftsperiode im wesentlichen darin, daß man fürsorglich bemüht war, jeden Fortschritt aufzuhalten. In dieser Richtung bewegte sich ja auch die Eingabe des Bundes an den Reichstag und Bundesrat gegen die Einführung der Arbeitslosenversicherung. Unsern Lesern ist diese Ein-gabe nicht unbekannt, sie ist in Nr. 49 des „Zimmerer“ vorigen Jahres zum Abdruck gelangt und seither vielfach Gegenstand der Erörterung in Verbandsberichten gewesen. Ihr Inhalt offenbart die ganze soziale Rückständigkeit des Unternehmertums, sein reaktionäres, arbeiterfeindliches Verhalten. Und es ist ein recht zweifelhaftes Verdienst, das Herr Behrens dem Vorstande des Arbeitgeberbundes zuschreibt, nämlich, daß er durch die erwähnte Eingabe die Ablehnung der Arbeitslosenversicherung durch die Reichs-regierung mit bewirkt habe. Dieser traurige Ruhm ist dem Bunde wahrlich zu gönnen.

Die Generalversammlung befaßte sich unter andern mit Organisationsfragen. Der Referent zu diesem Punkt, Herr Holtz aus Hamburg, redete einer intensiven Werbetätigkeit in den einzelnen Bezirks- und Ortsverbänden das Wort und empfahl den örtlichen Zusammenschluß des Bau-gewerbes mit den Baunebenberufen zu örtlichen Bau-gewerbestellen. Auch dieser Referent entschuldigte den Mitgliederückgang mit der ungenügenden Einwirkung der Tarifabschlüsse von 1910 und 1913 und den mit diesen verbundenen Lohnerhöhungen. Eine Steigerung der Löhne soll überhaupt im Zukunft verhindert werden. Zu dem Zwecke empfahl Herr Popp aus Nürnberg, der über „Mittel und Wege zu einer weiteren Erklarung des Bundes“ sprach, eine „Sammlungspolitik“, unter der er gleichfalls die schon von Herrn Holtz gepriefene Kartellierung des Baugewerbes mit den Baunebenberufen verstand. Und weiter trat dieser Redner sehr warm für die Ziele und Bestrebungen des Reichsbundes ein, dessen Vorsitzender er ist, und er setzte es auch durch, daß die Generalversamm-lung M 10 000 zu Agitationszwecken für den Reichsbund bewilligte. Das gleiche Thema wurde dann auch noch von Herrn Behrens behandelt, der als weiteres Mittel zur Er-stärkung des Bundes den Anschluß an die Vereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände in Vorschlag brachte. Was es damit auf sich hat, haben wir bereits in voriger Nummer dargelegt, es mag hier deshalb die Feststellung genügen, daß der Beitritt zur Vereinigung beschlossen wurde. Weiter befaßte sich die Generalversammlung noch mit der Aussperungs- und Streiklausel. Jeder Verband soll dafür sorgen, daß in seinem Gebiete die Streik- und Aussperungsklausel in der vom Bundesvorstand wiederholt empfohlenen Form in alle Bauverträge aufgenommen wird.

Zu erwähnen ist noch ein Referat des Herrn Noack aus Dresden über die Betätigung des Bundesvorstandes auf wirtschaftlichem Gebiete. Es behandelte vornehmlich die Beziehungen zwischen Arbeitgeberverbänden und Aus-stofflieferungen, die Submissionsbedingungen und betonte auch die Notwendigkeit des Zusammenarbeitens zwischen Arbeitgeberverbänden und Kommunalverwaltungen. Er rief den Baugewerbetreibenden, mehr als bisher geeignete Vertreter in die städtischen Parlamente zu entsenden, natürlich zu dem Zweck, um dort für ihre Bestrebungen möglichst rege Propaganda zu betreiben. Ueber die übrigen Punkte der Tagesordnung können wir hinweggehen, doch wollen wir nicht unerwähnt lassen, daß zum Nachfolger des verstorbenen Vorsitzenden Enke, Herr Maurermeister Behrens-Hannover gewählt worden ist und zu stellvertretenden Vorsitzenden die Herren Popp-Nürnberg und Noack-Dresden.

**Sozialpolitisches.**

**Der Vormarsch der Konsumgenossenschaftsbewegung.** Die Verlagsgesellschaft deutscher Konsumvereine ist nunmehr in der Lage, einen Umsatznachweis für alle ihr angeschlossenen Abteilungen zu unterbreiten. Der Gesamt-umsatz der Verlagsgesellschaft betrug: 1913 M 4 010 377, 1912 M 3 159 194; mithin 1913 mehr M 851 183. Die einzelnen Abteilungen sind am Gesamtumsatz mit folgenden Zahlen beteiligt: Die Abteilung Druckerei erzielte einen Umsatz: im Jahre 1913 M 1 626 945, im Jahre 1912 M 1 145 798; mithin 1913 mehr M 481 147. Die Abteilung Papierwarenfabrik hatte einen Umsatz: im Jahre 1913 M 1 815 263, im Jahre 1912 M 1 529 803; mithin 1913 mehr M 285 460. Die Versicherungsabteilung erzielte einen Um-satz: im Jahre 1913 M 699 900, im Jahre 1912 M 443 499; mithin 1913 mehr M 156 402. Das Elektrizitätswerk weist einen Umsatz auf: im Jahre 1913 M 68 267, im Jahre 1912 M 40 093; mithin 1913 mehr M 28 174.

Der Entwicklung der Gesamtbewegung, wie sie in den Ergebnissen der Tätigkeit der Konsumvereine des Zentralverbandes für das Jahr 1913 und in den Umsatzzahlen der Großverkaufsgesellschaft deutscher Konsumvereine für das gleiche Jahr zum Ausdruck gelangt, entspricht die Entwick-lung der Verlagsgesellschaft in erfreulich vollkommener Weise. Ging die Steigerung des Umsatzes von 1911 auf 1912 in etwas schnellerem Tempo vor sich als 1912 auf 1913, so ist die Erklärung dafür im Gange des gesamten Wirtschaftslebens gegeben. Der Aufschwung aller Ge-schäftszweige der Verlagsgesellschaft deutscher Konsum-vereine ist aber doch so bedeutend, daß er wohl alle Be-teiligten, das sind alle im Zentralverband organisierten

Konsumenten, mit aufrichtiger Freude erfüllen darf. Es ist ein gewaltiges Stück Eigenproduktion, geregelt durch den organisierten Konsum, das die Verlagsgesellschaft vertritt. Jeder Fortschritt, der hier zu verzeichnen ist, zeigt be-sonders eindringlich Notwendigkeit und Leistungsfähigkeit der konsumgenossenschaftlichen Eigenproduktion.

**Gewerkschaftliche Rundschau.**

**Eine Konferenz der Vertreter der Verbandsvorstände** fand in den Tagen vom 24. bis 26. März in Berlin (Ge-werkschaftshaus) statt, die sich hauptsächlich mit der Tages-ordnung des bevorstehenden Gewerkschaftskongresses in München und den hierzu seitens der Verbandsvorstände zu unterbreitenden Vorlagen beschäftigte. Im weiteren nahm die Konferenz Informationen über die Situation auf dem Gebiete der Arbeitsvermittlung entgegen und be-schloß, sich bei der Beteiligung an der Internationalen Ausstellung der Fachpresse in Einzelnummern und gebun-denen Jahrgängen zu beschränken.

**Ein Tarifvertragsbruch der Arbeitgeber im Holz-gewerbe.** Eine nette Illustration zur Tarifvertragsstrecue der Arbeitgeber bildet ein Vorgang in Dessau, über den die neueste Nummer der „Holzarbeiterzeitung“ berichtet. Die Unternehmer in Dessau hatten laut Schiedsspruch am 15. Februar 1914 eine Lohnerhöhung von 2 3 zu zahlen. Sie verweigerten diese, weshalb die Arbeiter die Tarif-instanzen anriefen. In der Schlichtungskommission wurde eine Einigung nicht erzielt. Die nächste Instanz, die Zentralvorstände, entscheidet, daß die Bestimmungen des Schiedsspruchs durchzuführen sind und die fernere Weigerung als Vertragsbruch angesehen werden müsse. Eine im Anschluß daran in Dessau tagende Sitzung unter Zuziehung von zentralen Vertretern gelangt zu keinem Ergebnis, da die Dessauer Unternehmer bei ihrer Weige-rung beharren. Der mitanwesende Syndikus des Arbeit-geberschutzverbandes vertritt die merkwürdige Ansicht, daß ein Versuch der Arbeiter, die Unternehmer zur Erfüllung ihrer vertraglichen Pflichten anzuhalten, Vertragsbruch wäre. Ein nochmaliger Versuch, die Differenzen auf friedlichem Wege beizulegen, mißlingt. Da beschließen die Holzarbeiter, am 14. März die Arbeit ruhen zu lassen, wenn nicht der Vertrag in vollem Umfange anerkannt wird. Das hilft. Noch am selben Tage beschließen die Unter-nehmer, die Lohnerhöhung zu zahlen, doch sollen die am Streit beteiligten Arbeiter von dieser Vergünstigung aus-geschlossen sein. Bald aber erkannten die Unternehmer die Unhaltbarkeit dieses Standpunktes und gaben ihn auf.

So weit, so gut. Aber das Schönste kommt noch. Die „Fachzeitung“, das Organ des Arbeiterschutzesverbandes, brachte über den Vorgang eine Notiz, in der sie eine An-zahl namentlich aufgeführter Arbeiter, auch solche, die am Streit gar nicht beteiligt waren, als verträglich brüchig be-zeichnet. Auf erfolgten Protest des Holzarbeiterverbands-vorstandes schrieb die „Fachzeitung“, die ihren dreisten Versuch, den Vertragsbruch der Unternehmer in einen Vertragsbruch der Arbeiter umzuliegen, mißglückt sah, daß die fragliche Notiz „durch ein bedauerliches Versehen der Redaktion“ zum Abdruck gelangt sei. Daran glaubt natü-rlich kein Mensch. Mit dieser ausweichenden Entschul-digung wird aber auch die Verurteilung der Dessauer Holzarbeiter — denn um nichts geringeres handelt es sich — nicht beseitigt. Eine schlimmere Wohftellung konnte der Arbeiterschutzesverband für das Holzgewerbe wohl kaum erfahren.

**Polizeiliches und Gerichtliches.**

**Ein neuer Schlag gegen die gewerkschaftlichen Zentralverbände.** Die vereinzelt Versuche einiger Be-hörden und Gerichte, örtliche Zahlstellen unserer Zentral-verbände für politisch zu erklären, genügen jetzt nicht mehr. Ein Prozeß gegen den Zentralvorstand des Bergarbeiter-verbandes zeigt schon, daß der Gesamtverband getroffen werden sollte. Berlins berühmter Polizeipräsident v. Jagow folgt jetzt in größerem Umfange diesen Spuren eifriger Behörden und Gerichte in der Aera des „liberalen“ Reichs-vereinsgesetzes. Er hatte schon früher in einem Gutachten, das ein Gericht von ihm einforderte, einen der Zentral-verbände für politisch erklärt und darin Gründe von ähn-licher Beweiskraft aufgeführt, wie sie jetzt in dem neuer-lichen Prozeß gegen den Bergarbeiterverband als Urteils-begründung gelten mußten. Kein Wunder daher, wenn er jetzt aus seiner Reserve als Gutachter heraustritt und die Gewerkschaften für politische Vereine erklären will.

Unter dem 1. April ist bereits an einige in Berlin domizilierende Zentralvorstände und auch an einige Ber-liner Ortsverwaltungen folgende von Herrn Jagow un-terzeichnete Verfügung erlassen worden: „In Anwendung des § 3 Reichsvereinsgesetzes vom 19. April 1908 ersuche ich Sie, binnen acht Tagen ein Exem-plar der zurzeit gültigen Vereinsstatuten sowie ein der Gegenwart entsprechendes Vorstandsmitgliedverzeichnis mit Angabe der Vor- und Zunamen, des Standes und der Wohnung einzureichen.“

Sollten Sie dieser Aufforderung keine Folge leisten, so wird gegen Sie auf Grund des § 132 Nr. 2 des Gesetzes über die Allgemeine Landesverwaltung vom 13. Juli 1893 eine Geldstrafe von M 150 oder im Unvermögensfalle eine Haftstrafe von zwei Wochen festgesetzt und vollstreckt werden. Zur Vermeidung der im § 18 a. a. O. angedrohten Strafen wollen Sie künftig von jeder Aenderung in der Zusammensetzung des Vorstandes sowie von jeder Aende-rung der Satzung binnen zwei Wochen nach erfolgtem Eintritt Anzeige machen.“

Die Verfügung stützt sich mit guter Berechnung auf das Allgemeine Landrecht. Die Klage gegen diese Ver-fügung kommt daher nicht vor die ordentlichen Gerichte, sondern muß im Verwaltungsstreitverfahren erledigt wer-den. Bekannt aber ist, daß das Oberverwaltungsgericht in einer gerichtlichen Entscheidung sich auf den Standpunkt stellte, daß, wenn der Zentralverband als politisch gilt, auch eo ipso alle Ortsvereine politische Vereine sind. Durch dieses Vorgehen des Herrn v. Jagow würden also mit

einem Schläge auch die Ortsvereine für politisch erklärt werden.

Die Gewerkschaften werden auch diesen neuesten Schlag zu parieren wissen. Da aber zu befürchten ist, daß das Vorgehen des Herrn v. Jagom vielleicht auch noch anderorts Schule machen könnte, so sei im besonderen darauf hingewiesen, daß die von solchen Verfügungen betroffenen Gewerkschaften spätestens innerhalb 14 Tagen dagegen Einspruch erheben müssen.

W. W. Der Streikposten in der Gastwirtschaft. Der Tischler Krauert war während eines Streiks in einer Holzbearbeitungsfabrik in der Usedomstraße zu Berlin von einem Schutzmann aufgefordert worden, die Usedomstraße zu verlassen.

A. wurde demnächst vom Landgericht als Berufungsinstanz zu einer Geldstrafe verurteilt, weil er den §§ 132 und 133 der Berliner Straßenpolizeiverordnung von 1899 zuwider gehandelt habe.

Das Kammergericht hob das Urteil auf und verwies die Sache an das Landgericht zurück.

Das Landgericht sprach dann den Angeklagten frei. Es stellte zunächst fest, daß der Schutzmann die Aufforderung zum Verlassen der Usedomstraße lediglich deshalb an A. habe ergehen lassen, weil die vorgelegte Behörde die Schutzleute angewiesen hatte, während des Streiks in der fraglichen Fabrik das Herumgehen und Herumfahren der Streikenden in der Usedomstraße zu verhindern.

Es bliebe nunmehr nur noch die Aufforderung, die Gastwirtschaft nicht zu betreten. Diese sei zweifellos auf Grund des eigenen Ermessens des Schutzmanns ergangen, weil Schutzleute von Personen, die in der Gastwirtschaft waren, nachher belästigt worden seien und hätten einschreiten müssen.

Somit müsse der Angeklagte freigesprochen werden. Die Staatsanwaltschaft legte noch Revision ein. Das Kammergericht verwarf aber die Revision der Staatsanwaltschaft, so daß es bei der Freisprechung verbleibt.

Den Darlegungen der Strafkammer sei beizutreten. Was die erste Anordnung angehe, die Usedomstraße zu verlassen, so sei zutreffend festgestellt, daß, da der Beamte lediglich einen Befehl der vorgesetzten Behörde ausgeführt habe, von einer eigenen, im Interesse des Verkehrsbedürfnisses erlassenen Aufforderung des Schutzmanns, des Aufsichtsbeamten, keine Rede sein könne.

Aus der Praxis des § 153 der Gewerbeordnung. Der § 153 der Gewerbeordnung stellt bekanntlich den Koalitionszwang unter Strafe. Aber nur, wenn der Arbeiter sich in den Maschinen dieses ominösen Paragraphen verfangt, kommt er ins Gefängnis.

Koalitionszwang auszuüben, wie ihn die Unternehmer anwenden: er entgeht der strafenden Gerechtigkeit in keinem Falle. Deshalb bedeutet der § 153 der Gewerbeordnung lediglich ein Ausnahmefolge gegen die organisierten Arbeiter.

Kürzlich wurde in Stettin der Bevollmächtigte des Fleischerverbandes zu einer Woche Gefängnis verurteilt, weil er sich wegen Boykottandrohung gegen Dritte nach § 153 strafbar gemacht haben soll.

Für die Unternehmer galten dagegen in demselben Konflikt andere Grundsätze. Der Boykott war verhängt worden, weil die Fleischermeister ihre Gesellen unter Androhung der sofortigen Entlassung zwingen, aus der Organisation auszutreten und die Unterzeichnung eines diesbezüglichen Reberbes verlangen.

Ein zweites Beispiel: Als im Laufe des Kampfes zwei Fleischermeister, die beide nicht Mitglieder der Innung waren, mit dem Fleischerverband einen Tarifvertrag abschlossen, begann von der Innung aus ein wahres Kesseltreiben gegen die beiden Meister.

Literarisches.

Im Verlag von J. S. B. Diez in Stuttgart ist erschienen: Neutrale und sozialistische Genossenschaftsbewegung. Von Emile Vandervelde.

Aus dem Inhalt heben wir hervor: Die Beziehungen zwischen dem Sozialismus und der Genossenschaftsbewegung in der Vergangenheit. I. Owen und Buchez. II. Louis Blanc und Lassalle.

Die „Neue Zeit“ beginnt das zweite Halbjahr des 32. Jahrgangs. Ihr Inhalt erfährt eine wesentliche Erweiterung, und zwar dadurch, daß an Stelle der besonderen monatlichen Feuilletonbeilage wöchentliche Feuilletonbeiträge im Rahmen der „Neuen Zeit“ treten.

Vom „Wahren Jacob“ ist soeben die 8. Nummer des 31. Jahrganges erschienen. Der Preis der 16 Seiten starken Nummer ist 10 M.

Von der „Gleichheit“, Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen, ist soeben Nr. 14 des 24. Jahrganges ausgegangen.

Preis der Nummer 10 M. Durch die Post bezogen beträgt der Abonnementspreis vierteljährlich ohne Bestellschein 55 M., unter Kreuzband 85 M. Jahresabonnement M. 2,60.

Zur Lage der Rammacher. Verhandlungen der ersten Konferenz der Ramm-, Haarschmuck- und Horngalanterie-Branche am 1. und 2. Februar 1914 zu Berlin. 48 Seiten. Berlin 1914. Verlagsanstalt des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes. G. m. b. H. Preis 30 M.

Militarismus, Krieg und Arbeiterklasse. Rosa Luxemburg vor der Frankfurter Strafkammer. Ausführlicher Bericht über die Verhandlungen am 20. Februar 1914. Umfang 16 Seiten. Preis 10 M. Buchhandlung Volkstimme, Frankfurt a. M.

Briefkasten der Redaktion.

\* Dieser Nummer liegt das „Correspondenzblatt der Generalkommission“ für die Lokalverbände resp. Vertrauensmänner bei.

Versammlungsanzeiger.

(Unter dieser Rubrik werden so kurz wie möglich gefasste Versammlungsanzeigen unentgeltlich aufgenommen.)

Dienstag, den 14. April:

Halberstadt: Abends 8 1/2 Uhr bei Max Bollmann, Bafenstr. 63. — Vöbun: Eine halbe Stunde nach Feierabend bei Th. Heinrich, Schulgasse. — Potsdam: Abends 8 Uhr bei Max Hausmann, Kaiser-Wilhelm-Straße 38.

Mittwoch, den 15. April:

Dortmund: Abends 8 1/2 Uhr im Gewerkschaftshaus, Lessingstr. 32. — Glogau: Eine halbe Stunde nach Feierabend bei Schreyer, „Alte Reichsbank“, Kirchstr. 1. — Vlegnis: Eine halbe Stunde nach Feierabend im Gewerkschaftshaus. — Wülheim a. d. Ruhr: Abends 8 1/2 Uhr im Gewerkschaftshaus „Unser Frik“.

Freitag, den 17. April:

Coburg: Nach Feierabend im Lokale „Neue Welt“, Leopoldstraße.

Sonntag, den 18. April:

Ahrensburg: Abends 8 Uhr bei S. Willhöft, Marktstraße. — Augsburg: Abends 7 Uhr im „Wittelsbacher Hof“, Jesuitengasse. — Bochum: Abends 8 Uhr bei Heinrich Krenkel, Mollkenmarkt. — Dagenow: Eine halbe Stunde nach Feierabend. — Lüdenscheid: Im „Salamander“, Hochstr. 12. — Lützen: Abends 8 1/2 Uhr im „Birgergarten“.

Sonntag, den 19. April:

Berlin: Im Gasthof „Zum goldenen Hirsch“. — Bielefeld, Bezirk Bünde: Nachm. 2 Uhr in der Wirtschaft von Nübel, Neue Straße. — Cöln: Vorm. 11 Uhr im Volkshaus, Severinstr. 197/199. — Düsseldorf: Vorm. 10 Uhr im „Raufhaus“, Berger Straße 8. — Grünberg i. Pfalz: Mittags 12 1/2 Uhr. — Metz: Vorm. 10 Uhr im Gewerkschaftshaus, Magellenstr. 10. — Obornik: Nachm. 1 Uhr bei Lewin. — Oshersleben: Nachm. 4 Uhr bei S. Klare, Bruchstr. 11. — Recklinghausen: Vorm. 10 Uhr bei Kabeck, Große Geldstr. 15. — Saarbrücken: Vorm. 10 Uhr im Gewerkschaftshaus „Tivoli“, Gerberstr. 24. — Sankt: Spandau: Vorm. 9 1/2 Uhr bei Emil Röpnick, Pichelsdorfer Straße 39. — Steinach i. S.-M.: Nachm. 4 Uhr im Gasthof „Zum Sächsischen Wappen“.

Anzeigen.

Nachruf.

Am 26. März verschied nach längerem Krankenlager unser langjähriger Verbandskamerad

Berthold Ortlepp

im Alter von 52 Jahren. [M. 3,80]

Ein ehrendes Andenken bewahren ihm

Die Kameraden der Zahlstelle Eisenach.

Zahlstelle Duisburg u. Umg.

Das Bureau für die bisherigen Zahlstellen Duisburg, Mülheim, Oberhausen und Wörs befindet sich in Duisburg, Friedrich-Wilhelm-Straße 112.

Telephon: Nr. 2320.

Alle Mitteilungen über Lohn- und Arbeitsverhältnisse sind dorthin zu melden. [80 M.] Der Vorstand.

Zahlstelle Hamburg u. Umg.

Freitag, den 17. April, präzise 8 1/2 Uhr abends:

Zahlstellen-Versammlung

bei Horn, „Hammonia-Gesellschaftshaus“, Hohe Bleichen 30, unterer Saal.

Tagesordnung: 1. Berichterstattung von den letzten Tarifverhandlungen. 2. Maifester 1914. 3. Bericht unseres Gesellschafters vom Gewerkschaftshaus. 4. Beschlußfassung über die vorliegenden Anträge. 5. Verbandsangelegenheiten.

Mitgliedsbuch legitimiert.

Um pünktliches und vollzähliges Erscheinen aller Zahlstellenfunktionäre ersucht [M. 1,60] Der Vorstand.